

Ein Kristallisationspunkt für aktuelle Debatten

Text: Ursula Binggeli
Bilder: Heinz Dahinden

Blitzlichter auf den ersten Kongress der Schweizerischen Gesellschaft für Soziale Arbeit SGSA



Transformation des Sozialen – wohin entwickelt sich die Soziale Arbeit? Unter diesem Titel trafen sich vom 6. bis 8. März 2008 in Luzern rund 250 VertreterInnen der Sozialen Arbeit. Mit welchen Methoden und Konzepten soll und kann die Profession auf die aktuellen gesellschaftlichen Entwicklungen reagieren? Diese Frage stand im Zentrum des zweieinhalb Tage dauernden Kongresses.



«Zu schwierigen Themen kluge Fragen stellen und im besten Fall kluge Antworten finden», darum gehe es letztlich in der Forschung der Sozialen Arbeit, um nicht mehr, aber auch nicht um weniger. Das Statement einer Tagungsteilnehmerin fiel in einem der zahlreichen Workshops – ein Gedankensplitter aus einer Diskussion im kleinen Kreis und gleichzeitig eine Quintessenz der ganzen Veranstaltung.

Kluge Fragen, kluge Antworten: Der erste internationale Kongress der Schweizerischen Gesellschaft für Soziale Arbeit SGSA bot zweieinhalb Tage Zeit dafür. Die zentrale Ausgangsfrage fand sich gleich im Titel der Tagung: «Transformation des Sozialen – wohin entwickelt sich die Soziale Arbeit?» 85 Referierende aus 13 Ländern nahmen in ihren Beiträgen darauf Bezug, 163 Teilnehmende dachten und diskutierten mit.

Zwölf Referate

«Einen Kristallisationspunkt für diverse aktuelle Debatten bieten» – so umschrieben Annegret Wigger und Peter Sommerfeld, KopräsidentInnen der SGSA, in ihrem gemeinsamen Grusswort das Ziel der Tagung. Den Auftakt machte Robert Castel, Professor an der Ecole des Hautes Etudes en Sciences Sociales, Paris. In seinem Referat nahm er die Veränderungen des Sozialstaats seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs unter die Lupe und legte damit den inhaltlichen Boden für die ganze Veranstaltung. Die beobachtbare Entwicklung weg vom Gedanken der Solidarität hin zum Gedanken der individuellen Verantwortung – an diesem Leitfaden orientierten sich sämtliche folgenden Diskussionen.

Ein paar Blitzlichter auf die weiteren Referate der folgenden Tage: Michael Nollert von der Universität Freiburg stellte in seinen Ausführungen die Frage, ob Theorie und Praxis der Sozialen Arbeit nicht Gefahr laufen, die sozialen Ungleichheitsstrukturen und Machtverhältnisse aus den Augen zu verlieren, und dies ausgerechnet in einer Zeit gravierender sozialer Verwerfungen. Ausgehend von der Vorstellung, dass sich die Praxis der Sozialen Arbeit trotz Ökonomisierungsdruck noch immer an einem emanzipatorischen Handlungsinteresse orientiert, plädierte Nollert dafür, sich stärker an Ansätzen zu orientieren, die eine Antwort auf folgende zentrale Frage bieten: «Who gets what and why?»

Zum Thema

Transformation des Sozialen – wohin entwickelt sich die Soziale Arbeit?

Jeder weiss: «Das einzig Beständige ist der Wandel.» Insofern erscheint der Titel «Transformation des Sozialen» nicht eben originell. Mit dem Untertitel «Wohin entwickelt sich die soziale Arbeit?» aber gibt sich die Schweizerische Gesellschaft für Soziale Arbeit SGSA anlässlich des ersten von ihr organisierten internationalen Kongresses selbstbewusst richtungsweisend und weckt Hoffnung auf wissenschaftlich gestützte Antworten. Internationale Fachleute skizzierten in einer Vielzahl von Referaten und Workshops Bewegungen, Veränderungen und Transformationen, deren Breite die Herausforderungen erahnen lässt, vor denen die Soziale Arbeit als Profession und Disziplin steht.

Die vor Jahresfrist gegründete SGSA hat weitreichende Ziele: Wissenschaftliche Erkenntnisse aus Forschung und Praxis der Sozialen Arbeit sollen generiert und über die engen Kantons- und Landesgrenzen wie auch über den Rand des häufig noch nicht allzu üppig dekorierten Tellers der eigenen Disziplin hinaus diskutiert, gebündelt und verbreitet werden. Der Stimme der Sozialen Arbeit und besonders ihrer wissenschaftlichen Reflexion soll mehr Präsenz und Anerkennung verschafft werden. Angesichts einer Tagesaktualität, in der sich etwa in Zürich ControllerInnen mit PolitikerInnen formale Gefechte liefern, während eine fachlich-sachliche Betrachtung aussen vor bleibt, scheint dies grundsätzlich dringlich geboten!

Die Luzerner Tagung stellt die Initialzündung zu diesem ambitionierten Prozess dar. Die aktuelle Ausgabe von SozialAktuell vermittelt mit Tagungsberichten, Interviews, Randspalten und einem bunten Strauss von Kurzfassungen ausgewählter Referate einen Eindruck vom Geschehen vor Ort. Mit Spannung dürfen wir erwarten, wie es in den kommenden Jahren gelingen wird, Erkenntnisse über den Kreis interessierter Fachleute hinaus so wirkungsvoll zu verbreiten, wie es das Programm vorschreibt.

Entscheidend wird sein, wie gut es gelingt, Brücken zwischen Praxis, Lehre und Forschung zu schlagen. In diesem Sinne fordern die vorliegenden Untersuchungen, Ergebnisse und Thesen uns als Professionelle heraus. Es liegt an uns, diese Herausforderung an ihren eigentlichen Bestimmungsort, die Öffentlichkeit, zu tragen!

Petra Benz, Martin Imoberdorf

Regula Ruffin und Andreas Dvorak fragten sich, welche Machtausübung und Rolle Soziale Arbeit im heutigen Staats Handeln übernimmt, und bezogen dabei die Sichtweisen der KlientInnen mit ein. Wo sehen diese Verbesserungspotenzial? Hier ein paar ihrer Vorschläge zuhanden der SozialarbeiterInnen: kundenfreundliche Öffnungszeiten; funktionierende Übergaben bei Ferienvertretungen; Hilfe-

stellungen auch bei kleinen Problemen, nicht nur wenn es brennt; Transparenz im Handeln, also erklären, weshalb etwas gemacht wird; KlientInnen auch auf der Strasse grüssen. Die (unvollständige) Auflistung zeigt: Auch sogenannte Details können viel Gewicht haben. Stefan Königter und Maren Zeller von der Universität Hildesheim D wiederum präsentierten das Modell einer Koopera-

tion von Stellen der Beschäftigungsförderung und der Jugendhilfe, das Jugendlichen mit besonderen biografischen und sozialen Belastungen den Einstieg in den Arbeitsmarkt erleichtern soll – angesichts der Tatsache, dass die Fallbelastung der in den deutschen Job-Centres tätigen Case-Manager bei hundert bis zweihundert Dossiers liegt, eine dringend nötige Massnahme.

Der Wandel sozialer Strukturen und politischer Machtverhältnisse verändert auch die Rahmenbedingungen Sozialer Arbeit

Kongresse haben in erster Linie die Aufgabe, den wissenschaftlichen Diskurs zu pflegen. Doch ebenso wichtig sind die persönlichen Begegnungen, die Foyergespräche in den Pausen, das Knüpfen am beruflichen Netzwerk. Aus beider Sicht kann der erste internationale Kongress der SGSA sicherlich als Erfolg gewertet werden. Die fachlichen Inputs aus der immensen Fülle der Referate, Symposien und Workshops gaben einen breiten Überblick über aktuelle Forschungsschwerpunkte und -ergebnisse, und das Drumherum des Anlasses liess die Teilnehmenden den Puls der «Community» spüren wie schon seit längerem nicht mehr.

Auf dem Weg zu einer repressiven und diskriminierenden Sozialer Arbeit

Doch wurde die im Vorfeld gestellte Frage, wohin sich die Soziale Arbeit entwickle, auch beantwortet? Nein. Das wäre wohl auch etwas zu viel verlangt. Denn da sind einerseits zu viele Unbekannten im Spiel, wie etwa die Interpretation gesamtgesellschaftlicher Entwicklungen (z.B. die Folgen der Globalisierung) und deren sozialpolitische Auswirkungen auf nationaler Ebene. Andererseits wurde auch deutlich, dass Forschung und Theoriebildung in der Sozialen Arbeit den aktuellen Transformationsprozessen und politischen Diskussionen hinterherhinken. Sie vermögen (im Sinne von «evidence based practice») noch keine neuen, adäquaten Modelle zu präsentieren, auf die sich die Praxis auf dem derzeit stark schwankenden Untergrund abstützen könnte – soweit der Transfer von wissenschaftlichem Wissen auf konkrete Handlungssituationen überhaupt machbar ist. Denn die Politik ignoriere die Sozialforschung komplett, gab Walter Schmid zu bedenken, der Rektor des Bereichs Soziale Arbeit an der Hochschule Luzern. Die Politik orientiere sich nicht am Wissensstand der Forschung, oder sie filtere einfach nur diejenigen Ergebnisse heraus, die ins eigene Weltbild passen, wie die Rezeption der Studien zum Phänomen Jugendgewalt gezeigt habe.

Während also auf politischer Ebene mit Begriffen wie Scheininvaliden und Sozialhilfemissbrauch gepunktet wird, sind die Betroffenen immer mehr Repression und Diskriminierung ausgesetzt – sie drohen über die Ränder zu fallen. Es besteht aber auch die Gefahr, dass sich die Soziale Arbeit den aktuellen politischen Strömungen anpasst und somit ebenfalls diskriminierend und repressiv zu werden beginnt; diese Sorge tauchte sowohl in den Hörsälen als auch beim Smalltalk in den Pausen immer wieder auf. Doch in den festgefahrenen sozialpolitischen Positionen zwischen den Fronten der eher harten, neo-



liberal-populistischen und der eher weichen, sozialdemokratisch-gewerkschaftlichen Linie eröffnet sich der Sozialen Arbeit auch die grosse Chance, positive Gegenentwürfe zu präsentieren.

Was also sagt die Wissenschaft, die von der SGSA zu diesem Kongress eingeladen worden war, zu dieser Entwicklung? Welche Konzepte und Ideen entstehen als Antwort darauf in der Sozialen Arbeit? Obwohl diese noch nicht formuliert sind, haben die Präsentationen immerhin gezeigt, dass Problematisierung und Stigmatisierung der KlientInnen in die falsche Richtung weisen. Diverse ReferentInnen haben aufgezeigt, wie zum Beispiel die mit sanftem Zwang verbundene Aktivierungsstrategie des Staates für IV-, ALV- und Sozialhilfebeziehende kontraproduktiv ist. Und nicht nur für diese, sondern auch für die konkrete Ausgestaltung der professionellen Sozialen Arbeit.

Theorien, die auf die konkreten Bedürfnisse der Praxis ausgerichtet sind

Die Lösung sieht Peter Sommerfeld, Kopräsident der SGSA und – zusammen mit Annegret Wigger – massgeblich verantwortlich für die Organisation der Veranstaltung, in empirisch fundierten, gegenstandsbezogenen Theorien, die konkret auf die spezifischen Bereiche der Sozialen Arbeit ausgerichtet sind: die Sozialhilfe, die betriebliche Sozialarbeit, die Soziale Arbeit im Gesundheitswesen – und nicht in Theorien der Sozialen Arbeit als Ganzes. Da herrscht noch Nachholbedarf, wie der Kongress gezeigt hat. «Wichtig ist dabei, dass die Forschung die Probleme im Sinne ko-

operativer Wissensbildung stets zusammen mit der Praxis löst», so Peter Sommerfeld, «nur so können ausgereifte Modelle ausgearbeitet und angeboten werden.» Als Vorbild mag die bereits gut entwickelte Modellbildung im Bereich der Schulsozialarbeit dienen. Auch haben mehrere kleine Studien, die am Kongress präsentiert worden waren, vorgemacht, wie man mit wenig Mitteln zu relevanten Ergebnissen kommen kann. Insgesamt braucht es aber noch erhebliche Entwicklungsanstrengungen von Wissenschaft und Praxis der Sozialen Arbeit, um hier weiterzukommen.

Die SGSA, deren Anliegen es ist, die Soziale Arbeit als Wissenschaft weiterzuentwickeln, hat in zweijähriger Vorarbeit diesen Kongress eingefädelt. Als ein konkretes Ergebnis liegt nun die «Luzerner Erklärung» vor (siehe Seite 44). Sie bringt das Unbehagen gegenüber den derzeitigen politischen Entwicklungen zum Ausdruck, die dem Wissensstand und dem Ethos der Sozialen Arbeit widersprechen. Dem soll etwas entgegengesetzt werden, und wenn es nur auf der symbolischen Ebene ist, wie im Fall dieses Aufrufs. Darin wird postuliert, dass die Akteure der Sozialen Arbeit aktiv auf die sozialpolitische Ausgestaltung ihres Handlungsfeldes Einfluss nehmen sollen. Es geht also nicht nur um die wissenschaftliche Arbeit, die im Elfenbeinturm wirkungslos zu bleiben droht, sondern auch um die Einmischung auf der politischen Bühne.

Nick Manouk



Elf Workshops

Um Fragen der Integration in den Arbeitsmarkt ging es auch in anderen Veranstaltungen. Die Effekte und Paradoxe einer «aktivierenden» Sozialen Arbeit und die Personalisierung der sozialen Frage im Übergang von Welfare zu Workfare standen im Zentrum des Workshops von Olaf Behrend (Universität Siegen D), Peter Schallberger (Hochschule für Angewandte Wissenschaften St. Gallen) und Kurt Wyss (Büro für Sozialforschung, Zürich). Olaf Behrend stellte unter anderem die Voraussetzungen vor, unter denen auf deutschen Arbeitsagenturen tätige Arbeitsvermittler den ihnen zur Verfügung stehenden Handlungsspielraum im Sinne einer fördernden Haltung besser nutzen können: Selbstreflexion, Berücksichtigung der eigenen Herrschaftsposition und Berücksichtigung der Autonomie der KlientInnen.

Jean-Michel Bonvin, EESP Lausanne, ging in seinem Beitrag auf eine empirische Untersuchung zur Arbeitsweise von Regionalen Arbeitsvermittlungsstellen in den Kantonen Waadt und Genf ein. Diese zeigte unter anderem den hohen Druck auf, unter dem die RAV stehen, einen Druck, der nicht zuletzt auch zu einem Konkurrenzverhalten der einzelnen Stellen führt. Da liegt es nahe, dass RAV-Mitarbeitenden die KlientInnen in gute und schlechte Risiken aufzuteilen beginnen – eine problematische Entwicklung.

Daneben ging es in der breit gefächerten Angebotspalette der Workshops aber auch um Themen wie zum Beispiel einem europäischen Projekt zur Untersuchung von Aufgabenverschiebungen in ausgewählten Bereichen des Sozialstaates: Beat Baumann und Rahel Strohmeier von der Hochschule Luzern – Soziale Arbeit präsentierten die Ergebnisse

dieses Projekts unter anderem im Hinblick auf die Frage, wie sich in anderen Ländern Koordinationsprobleme zwischen Sozialhilfe, Arbeitslosenversicherung und Invalidenversicherung zeigen. Eine ihrer Beobachtungen: Wo die Zentralisierung bis anhin stark war, zeigen sich heute Tendenzen zur Dezentralisierung, um mehr Effizienz und Nähe zu erreichen.

Fünf Symposien

Gleich ganze Bündel von Referaten fanden sich dann in den fünf Symposien. Es ging in ihnen um Migration und Soziale Arbeit, um Perspektiven für eine transnationalen Sozialen Arbeit, um Kinderschutz zwischen öffentlicher Skandalisierung, rechtlicher Normierung und sozialpädagogischer Problematisierung, um Geschichten der Sozialen Arbeit in den gesellschaftlichen Transformationen des

Die Profession verliert die sozialen Ungleichheitsstrukturen aus den Augen

20. Jahrhunderts in Ost- und Westeuropa und um Ausbildung in Sozialer Arbeit als Integration. Die Auflistung zeigt die Breite des Themenspektrums auf – die VeranstalterInnen des Kongresses sind ihrem Anspruch, «die inhaltliche Fülle des disziplinären und interdisziplinären Schaffens in der und zur Sozialen Arbeit zu dokumentieren» (Grusswort), gerecht geworden.

Das Schlusspodium

Das den Kongress abschliessende Podiumsgespräch unter der Leitung von Pierre Gobet von der EESP Lausanne drehte sich um Leitbegriffe wie Integration und Qualität – und immer wieder um das Selbstverständnis der Sozialen Arbeit. Welches ist ihre Rolle, welches sind ihre Aufgaben

heutzutage, in dieser von zunehmender politischer Irrationalität geprägten «Zeit nach der Aufklärung», wie Walter Schmid, Rektor des Bereichs Soziale Arbeit der Hochschule Luzern, es nannte? Die Soziale Arbeit könne Modelle entwickeln, aber keine Lösungen für Dilemmata anbieten und auch kein «Hin zu einer anderen Welt» bewerkstelligen, mahnte AvenirSocial-Präsident Markus Jasinski in diesem Zusammenhang nüchtern.

Von der Kraft der Utopie

Und dennoch: Das «Hin zu einer anderen Welt» tauchte in den zweieinhalb Tagen immer wieder in den Diskussionen auf. Vom Reagieren zum Agieren, zum aktiven, innovativen Mitgestalten der Wirklichkeit, wie kann die Soziale Arbeit dies bewerkstelligen? Indem sie auf den gesellschaftlichen Diskurs nicht nur reagiert, sondern ihn mitprägt – eine der Antworten, die immer wieder zu hören war. Der Haken dabei, wie eine Teilnehmerin im eingangs erwähnten Workshop zur Forschung der Sozialen Arbeit ausführte: Auch der Diskurs selber bezieht sich ja immer auf bereits bestehende Probleme, ist damit also lediglich eine Reaktion. «Wir hätten viel mehr Gestaltungsmacht, wenn wir wüssten, wie die gesellschaftlichen Fragen der Zukunft aussehen.»

Da kam das von Frigga Haug gehaltene letzte Referat des Kongresses gerade recht: Die Utopie ist es, die den Bogen von der Gegenwart in die Zukunft zu schlagen vermag. Wer Utopien nachhängt, ist kein Träumer, keine Fantastin. Denn, so Frigga Haug: «Utopien vermögen positive Ansätze zu unterstreichen. Ohne Utopien gibt es auch kein Handeln. Wir brauchen sie, fürs Hier und Jetzt.» |

> www.sgsa-ssts.ch/kongress2008

«Die grossen Programme sind an wirtschaftliche Interessen gebunden»

Interview: Ursula Binggeli

Forschung zwischen Geist und Geld – ein Blick auf aktuelle Entwicklungen

In welchem Spannungsfeld bewegt sich die Forschung der Sozialen Arbeit, heute und morgen? Vier Fragen an Thomas Gabriel, Leiter der sozialpädagogischen Forschungsstelle der Universität Zürich.

SozialAktuell: Forschung und Praxis stehen in einer vielschichtigen Beziehung zueinander. Wie viel Distanz, wie viel Nähe ist Ihrer Meinung nach nötig?

Thomas Gabriel: Ich meine, dass Forschung durchaus auch problemlösungsfähig sein muss für die Praxis, die Politik und vor allem die Klienten. Es wäre jedoch naiv, hier von übereinstimmenden Interessen auszugehen. Auch deshalb hat die Forschung die Aufgabe, Distanz zu wahren und gegebenenfalls kritische Gegenpositionen einzunehmen. Ich bin deshalb skeptisch gegenüber sehr harmonistischen Theorie-/Praxisbildern, wie sie oft mit dem Begriff der Handlungswissenschaft umschrieben werden. Forschung soll aber nicht der Scharfrichter der Praxis sein, sondern ihr Veränderungsimpulse geben im Rahmen eines Diskussionsprozesses. Diesen versuchen wir bei uns auch dadurch zu gewährleisten, dass wir für die einzelnen Studien einen Beirat mit Kolleginnen und Kollegen aus der Praxis einrichten, je nach

Möglichkeit auch mit Betroffenen. Weshalb nicht Jugendliche in die Entwicklung und Durchführung einer Studie zu ihrer Situation mit einbeziehen? Ich finde, Partizipation hat in der Forschung immer noch einen viel zu geringen Stellenwert.

Die Verantwortung des Forschers – ein grosses Wort. Wie stellen Sie sich dazu?

Forschung in der Sozialen Arbeit hat meiner Meinung nach sehr wohl eine Verantwortung; sie hat insbesondere auch die Interessen der KlientInnen der Sozialen Arbeit mit zu betrachten. Methodisch

Unsere Erkenntnisse müssten wir für die verschiedenen Zielgruppen unterschiedlich aufarbeiten

versucht man eine solche Wertorientierung zu vermeiden, aber da es in dieser Forschung ja immer um Fragen der individuellen oder auch familiären Entwicklung geht oder um Fragen der sozialen Integration, gibt es in ihr so was wie eine grundsätzliche ethische Ausrichtung. Die Verwendung der Ergebnisse der Forschung kann man dann allerdings nur bedingt beeinflussen; das muss man ganz klar sehen.

Welche Rolle spielt der aktuelle politische Kontext für die Forschung?

Ich beobachte, dass seitens der Geldgeber weniger Interesse an grundlagenorientierter Forschung vorhanden ist. Forschung soll heutzutage einen Anwendungsbezug haben, auch im Sinne eines gesellschaftlichen Mehrwerts. Gerade die grossen Rahmenprogramme, zum Beispiel die EU-Forschung, sind ganz stark an wirtschaftliche Interessen gebunden. Dass man Forschung zu sozialen Problemen mit einem ökonomischen Mehrwert rechtfertigen muss, ist ethisch äusserst problematisch. Die Verwertbar-

keit ist übrigens auch ein Kriterium bei Nationalfondsprojekten. Es ist auch berechtigt, dass man Forschung stärker auf diesen Bezug hin befragt. Aber dass die Finanzierung davon abhängig gemacht wird, das halte ich für falsch.

Stichwort Unabhängigkeit – Ihre Meinung?

Geforscht wird, was finanziert wird – grössere Forschungsprojekte sind immer von Drittmitteln abhängig. Man sollte als Forscher also nicht so tun, als sei man in der Auswahl der Forschungsfragen ungebunden. An der Universität sind es eigentlich nur die Arbeiten der Studierenden, die wirklich frei sind in der Wahl der Themen. Trotz diesen Einschränkungen: Aus meiner Sicht ist es eine Aufgabe der

Forschung der Sozialen Arbeit, Sozialberichterstattung zu betreiben und auch Politikhandeln zu kritisieren, nicht nur die Praxis. Das wäre ein weiterer Aspekt, den man bei ihrer Reduktion auf eine Handlungswissenschaft völlig aus dem Auge verlieren würde. In diesem Zusammenhang halte ich es übrigens für wichtig, dass wir ForscherInnen uns vermehrt überlegen, in welcher Form wir die Ergebnisse unserer Arbeit präsentieren. Vertreter aus der Politik, Vertreterinnen aus der Praxis gehen ja nicht mit denselben Fragestellungen an sie heran. Was für die einen zentral ist, interessiert die andern unter Umständen nur am Rande. Wir sollten unsere Erkenntnisse deshalb für die verschiedenen Zielgruppen unterschiedlich aufarbeiten. Das halte ich für ein Entwicklungsgebiet der Zukunft. |



Thomas Gabriel

ist wissenschaftlicher Mitarbeiter und Leiter der sozialpädagogischen Forschungsstelle am Pädagogischen Institut der Uni Zürich. Er ist Vorstandsmitglied der SGSA.

Die Verleugnung der Krisensituation

Text: Sascha Liebermann

Wie aktivierende Sozialpolitik die Autonomie der Klienten und Klientinnen schwächt

Aktivierende Sozialpolitik spricht den KlientInnen der Sozialverwaltung ein generelles Misstrauen aus. Statt sie darin zu stärken, ihre Autonomie wiederzugewinnen, wird die Krise, in der sie sich befinden, durch Kundenrhetorik verleugnet. Demokratische Gemeinwesen unterhöheln damit ihr eigenes Fundament: die Autonomie der KlientInnen und damit der BürgerInnen.

Der Kunde/die Kundin ist zum Signum aktivierender Sozialpolitik geworden. Während die Kunden im marktförmigen Tausch standardisierter Güter und Diens-

Aktivierung ist die Fortsetzung einer bevormundenden Politik in einem anderen Gewand

te ihren angemessenen Platz haben und ihre Autonomie dort nie zur Diskussion steht, ist der Zweck der Sozialpolitik gerade die Erhaltung und Wiedergewinnung der Autonomie: des Bürgers/der Bürgerin als Klienten/Klientin. Diese/r tritt nur dann der Sozialbehörde gegenüber, wenn er/sie sich in einer Krise befindet, wenn also die Autonomie eingeschränkt ist, ganz gleich aus welchem Grund.

Krisenverleugnung: Kunden statt Klienten

Wiederzugewinnen aber ist diese Autonomie nicht durch standardisierte Dienste, denn sie sind nicht für die ganze Person in ihrer Individualität gemacht. Die Krise aber ist gerade eine der ganzen Person. Deswegen bedarf es einer fallspezifischen, fallrekonstruktiven und nicht einer standardisierten Bestimmung dessen, worin die Krise besteht und wie sie bewältigt werden könnte. Um seine Autonomie wiederzugewinnen, begibt sich der Klient zwar in helfende Abhängigkeit, allerdings mit dem Zweck, diese Abhängigkeit wieder zu verlassen. Möglich ist dies nur durch die eigentümliche

Praxisform eines Arbeitsbündnisses, das vom Klienten – wie in den klassischen Professionen – idealiter initiiert wird, der Experte hingegen wartet ab, der Klient kann das Arbeitsbündnis jederzeit aufkündigen.

Was aber geschieht in der aktivierenden Sozialpolitik? Die Kundensemantik kommt einer Verleugnung der Krise des Klienten oder der Klientin gleich, deretwegen er oder sie Unterstützung sucht. Während Kunden immer nur darüber befinden, ob sie sich standardisierte Güter und Dienste beschaffen, um ihre Handlungsmöglichkeiten zu erweitern, sind Klientinnen und Klienten eben gerade nicht mehr in der Lage, Entscheidungen souverän zu treffen. Wie die Kundensemantik die Anerkennung ihrer Krise verweigert, so verweigert die Aktivierung auch die Hilfe, welche Klienten benötigen, um ihre Autonomie wiederzugewinnen. Ein Beispiel soll das deutlich machen.

Transferleistungen als Ersatzleistungen

Wer Transferleistungen von der politischen Gemeinschaft beziehen will, weil er/sie erwerbslos ist, der entspricht dem politischen Konsens und seinem normativen Ideal nicht. Es besagt: Grundsätzlich hat jede/r sein/ihr Einkommen selbst zu erwirtschaften. Transferleistungen sind nur für den Notfall vorgesehen.¹ Wer

Zu den Fotos

Wer nach der Zukunft der Sozialen Arbeit fragt, denkt dabei zuerst einmal an die Themen, welche die Profession in fünf, zehn oder zwanzig Jahren beschäftigen werden, und an die Rahmenbedingungen, unter denen sie dies tun wird. Genauso bedeutsam sind in diesem Zusammenhang aber die Menschen, welche die Soziale Arbeit dereinst prägen und weiterentwickeln werden. Deshalb finden Sie in der vorliegenden Ausgabe von SozialAktuell Fotoporträts von Studierenden der Hochschule Luzern – Soziale Arbeit. Ob Sozialarbeiterin oder Soziokultureller Animator – sie sind die Professionellen von morgen und verkörpern damit ein wichtiges Stück Zukunft der Sozialen Arbeit. ubi

sie in Anspruch nehmen will, dessen «Bedürftigkeit» muss erst geprüft werden. Wer bedürftig wird, ist am normativen Ideal gescheitert. Auch wenn Leistungsbeziehende einen Rechtsanspruch geltend machen, entsprechen sie dem normativen Ideal nicht – sie sind in einer Krise. Aus der Verknüpfung von Erwerbsverpflichtung und Autonomieideal resultieren die schon vielfach untersuchten objektiv stigmatisierenden Effekte der Ersatzleistungen. Wer Leistungen bezieht, geht Verpflichtungen ein. Verstösst er/sie gegen sie, wird er/sie sanktioniert. – Das war immer das normative Fundament von Ersatzleistungen, die Aktivierungspolitik hat diesen Zusammenhang lediglich verschärft.

Mehr denn je wird dem/der Einzelnen heute ein Generalverdacht ausgesprochen. Schon der Begriff «Aktivierung» unterstellt, die Bezieher/innen seien faul und träge, müssten «aktiviert», also aus der Ecke geholt werden, in der sie herumsitzen. Dem Aktivierungsgedanken entspricht andernorts das Steuerungsbedürfnis: Dirigieren hat Priorität. Nicht Ermöglichung von Autonomie ist die Maxime, «Fehlerverhinderung» ist das Prinzip. Autonomie wird nicht als schützenswert betrachtet, deswegen soll sie



Sascha Liebermann

ist Soziologe mit Forschungsschwerpunkt zu Deutungsmustern des Politischen und zur «Krise der Arbeitsgesellschaft».



PRISKA ZIMMERMANN, 30

Meine Lieblingsbands: Tool, Radiohead, Esbjörn Svensson Trio | Privat lese ich gerade: Pascal Mercier, Nachtzug nach Lissabon | Meine Studienrichtung: Soziokulturelle Animation | Weshalb? Prävention, Nähe zu AdressatInnen | Mein Job in zehn Jahren: nur keinen 8-bis-5-Uhr-Job mehr! Sinnvolle, integrative, präventive Arbeit mit Menschen, die mitarbeiten möchten

und ihre Wiedergewinnung auch nicht einfach ermöglicht, sie muss garantiert werden – damit wird sie zur Heteronomie.

Autonomie statt aktivierende Sozialpolitik

Wie die aktivierende Sozialpolitik die Klienten/Klientinnen zu Kunden/Kundinnen deklariert und dadurch ihre Krise verleugnet, so verleugnet ein Gemeinwesen, das zu dieser Politik greift, seine Bürger/innen – es untergräbt sein eigenes Fundament. Denn eine aktivierende Sozialpolitik trifft alle, sie spricht einen Generalverdacht aus, der besagt: In die Autonomie der Bürger/innen kann nicht vertraut werden. Aktivierung ist die Fortsetzung einer bevormundenden Politik in anderem Gewand.

Fussnote

¹ Das änderte sich erst, wenn es für jede/n Bürger/in und dauerhaft Aufenthaltsberechtigte/n ein zu jeder Zeit verfügbares Einkommen als Individualrecht gäbe, das nicht nur bei Ausfall von Erwerbseinkommen gewährt würde. Vgl. die Diskussion zum bedingungslosen Grundeinkommen, www.archiv-grundeinkommen.de

Kolumne

Die soziale Frage – ein Grundthema der Sozialen Arbeit?

Der von mir am Kongress «Transformationen des Sozialen» eingebrachte Beitrag trug den Titel «Die Personalisierung der sozialen Frage im Übergang von Welfare zu Workfare». Unter «Personalisierung der sozialen Frage» verstehe ich die mittels Workfare durchgesetzte Ideologie, wonach man die Schuld an der sozialen Ausgrenzung bei den Ausgegrenzten selber zu suchen habe.

Gemäss dieser gleichermassen von Neokonservativen, Neoliberalen und New Labour getragenen Ideologie wird angenommen, dass die Bezügerinnen und Bezüger von Sozialleistungen bei freier Leistungsvergabe amoralisch würden (Ideologie der «Armut Falle»), weshalb man – mittels Workfare – sogenannte «Anreize» zu setzen habe. Man müsse den Betroffenen die Sozialleistungen möglichst kürzen oder streichen (was faktisch aber zu versteckter Armut führt), man dürfe Sozialleistungen höchstens im Gegenzug zu «Gegenleistungen» gewähren (was auf Zwangsarbeit hinausläuft), und man habe die Betroffenen einer permanenten Ausbildungs- und Bewerbungspflicht auszusetzen (was wirkliche Bildung im Sinne von Selbstfindung und Selbstentfaltung verunmöglicht).

Mit der laufenden Personalisierung der sozialen Frage wird die soziale Frage selber, das heisst die Frage nach den gesellschaftlichen Verhältnissen respektive den strukturellen Ursachen der laufenden sozialen Ausschlüsse, ausgeblendet: wachsende soziale Ungleichheit bei gleichzeitiger Verarmung immer breiterer Kreise; Flexibilisierung und Prekarisierung der Lohnarbeit; Massentlassungen zum Zwecke der Steigerung der Aktienkurse ...

Es ist bitter nötig, die soziale Frage wieder zu einem Grundthema der Sozialen Arbeit zu machen.

Kurt Wyss, Büro für Sozialforschung

> Vom Autor ist kürzlich erschienen: Workfare. Sozialstaatliche Repression im Dienst des globalisierten Kapitalismus. Zürich: edition 8 (2007), 176 Seiten.

Die Eigenlogik der IV übersieht die Lebensrealität der Betroffenen

Text: Heinrich Zwicky

Die Invalidenversicherung braucht eine grundlegende institutionelle Neuausrichtung.

Die IV weist ein ambivalentes Verhältnis zur Erwerbsarbeit auf, das nicht mehr den aktuellen gesellschaftlichen Realitäten entspricht und zur Überwindung der unseligen Missbrauchsdiskussion dringend geklärt werden sollte.

Erst 1960 wurde in der Schweiz eine Invalidenversicherung eingeführt, die die Erwerbstätigen in Analogie zur Altersvorsorge gegen das Risiko einer dauernden Erwerbsunfähigkeit «im Erwerbsalter» versichern sollte. Die Grundkonzeption dieser Versicherung entsprach der deutschen Behindertenpolitik, welche staatliche Leistungen an Menschen mit Behinderungen im Sinne einer Versicherung kausal vom Verlust der Erwerbsfähigkeit abhängig machte (Bösle 2006: 113).

Im Unterschied zu Deutschland ist diese Konzeption in der Schweiz nach wie vor dominant. In der Volksabstimmung vom 17. Juni 2007 wurde sie gar gestärkt, der Grundsatz von Invaliditätsleistungen als Erwerbsersatz wurde wieder ins Zentrum gerückt und eine Reduktion der staatlichen Invaliditätskosten in Aussicht gestellt.



Heinrich Zwicky

ist seit 2005 als Soziologe am Departement Soziale Arbeit der Zürcher Hochschule für angewandte Wissenschaften (ZHAW) tätig. Davor war er an der Fachhochschule Nordwestschweiz im Rahmen des NFP 45 («Probleme des Sozialstaates») an einem Projekt über die Lebenslage von Menschen mit Behinderungen beteiligt.

Eine kürzlich freigegebene Studie des Bundesamtes für Sozialversicherung (Ott et al. 2007) zeigt die Vielfältigkeit der sogenannten Missbrauchsformen auf und sieht sich genötigt, den Begriff des Miss-

Arbeitsintegration kann nicht Definitionsmerkmal, Mittel und Zweck der IV sein

brauchs durch jenen der «nicht zielkonformen Leistungen» zu ersetzen. Sie greift aber insofern zu kurz, als sie sich nicht kritisch mit den institutionellen Zielen der IV auseinandersetzt, die aus meiner Sicht ein wesentlicher Grund für die verfahrenere Situation sind (vgl. auch Bütler & Gentinetta 2007).

Die Fokussierung auf die Missbrauchsfrage in der IV muss überwunden werden, verhindert sie doch eine konstruktive Diskussion über eine grundlegende institutionelle Neuausrichtung. Gerade aus Sicht der Sozialen Arbeit müssen wir wieder darauf bestehen, über soziale Probleme von Menschen mit Behinderungen in unserem Land zu sprechen, die als konkrete Positions- und Interaktionsprobleme zu begreifen sind (Geiser 2004: 63). Nach wie vor stehen aber Menschen mit Behinderungen «im Schatten der Sozialforschung» (vgl. ausführlicher Zwicky 2003).

Fünf typische Lebenslagen von Menschen mit Behinderungen

Das Projekt «Lebenslage und Lebensbewältigung von Menschen mit Behinderungen» untersuchte im Rahmen des Nationalen Forschungsprogrammes Nr. 45 («Probleme des Sozialstaates») eine repräsentative Stichprobe von LeistungsbezügerInnen der IV (vgl. Gredig et al. 2005). Zwischen August und Oktober 2003 wurden 2008 LeistungsbezügerInnen der Invalidenversicherung zu Aspek-

ten ihrer konkreten Lebenssituation befragt. 1200 unter ihnen bezogen eine IV-Rente, die übrigen Befragten Leistungen wie Umschulungen oder spezielle Hilfsmittel. Für die Befragung wurde ein weitgehend standardisierter schriftlicher Fragebogen mit insgesamt 131 Einzelfragen verwendet.

Im Rahmen einer qualitativen Voranalyse wurden zwölf zentrale

Dimensionen der konkreten Lebenslage von Menschen mit Behinderungen hergeleitet, nämlich

- der formale Bildungsabschluss
- die Arbeitsintegration
- persönliches Einkommen
- Haushaltseinkommen
- Wohnraum pro Person
- Gesundheitszustand
- soziale Kontakte
- Teilnahme an Freizeitaktivitäten
- Mobilität
- Unabhängigkeit von Hilfeleistungen
- Selbstbestimmung
- die (Absenz von) Stigmatisierungserfahrungen.

Für die hier untersuchten Menschen mit Behinderungen, die eine IV-Rente beziehen, ergaben sich fünf typische Lebenslagen (Cluster).

- Eine erste Lage ist geprägt durch einen schlechten Gesundheitszustand, aber vergleichsweise grosse Mobilität und eine hohe soziale Integration.
- Eine zweite Lage weist überdurchschnittliche materielle Ressourcen auf.
- Eine dritte Lage ist gekennzeichnet durch eine schlechte Gesundheitssituation bei gleichzeitig starker sozialer Isolation.
- Bei einer vierten Lage ist der Gesundheitszustand ähnlich schlecht, die Mobilität stark eingeschränkt, die sozialen Kontakte sind weit stark überdurchschnittlich.

- Die fünfte soziale Lage ist im Unterschied zu allen anderen Gruppe durch eine gute Arbeitsintegration (bei vergleichsweise tiefen materiellen Ressourcen) gekennzeichnet.

Die Clusteranalysen zeigen insgesamt, dass die materielle Lage (Einkommenssituation) und die Arbeitsintegration für die Lebenslage der untersuchten Menschen mit Behinderungen eine prägende Rolle spielen (vgl. ausführlicher Gredig et al. 2005: 142 ff.).

Verbreitete Erwerbstätigkeit, verschiedene Einkommensquellen

Insgesamt gehen 37 Prozent der befragten Bezügerinnen und Bezüger einer IV-Rente einer bezahlten Erwerbstätigkeit nach, 26 Prozent arbeiten mindestens 20 Stunden in der Woche. Personen, die eine Teilrente der IV beziehen, sind mit 55 Prozent überdurchschnittlich häufig erwerbstätig, aber selbst bei einer Vollrente gehen 26 Prozent einer bezahlten Arbeit nach. Die Erwerbsquote ist bei Menschen mit einer geistigen Behinderung mit 61 Prozent am höchsten, bei Menschen mit einer körperlichen Behinderung mit 34 Prozent am geringsten. Die Erwerbsquote bei Menschen mit Sinnesbehinderungen und mit psychischen Behinderungen liegt dazwischen. Die Befragten, die einer bezahlten Erwerbstätigkeit nachgehen, tun dies zu rund 50 Prozent in der Privatwirtschaft, zu 23 Prozent im öffentlichen Dienst und zu

Unterschiedliche Lebenslagen erfordern mehr bedarfsorientierte IV-Leistungen

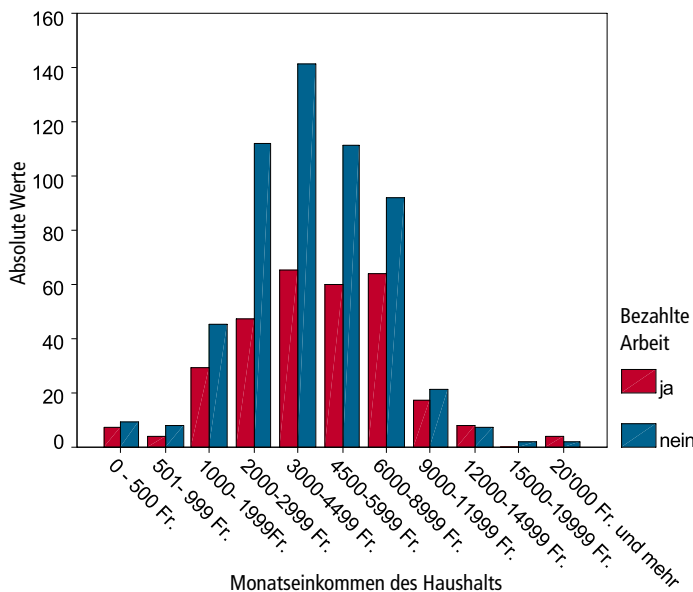
rund 27 Prozent an geschützten Arbeitsplätzen oder in Selbsthilfebetrieben.

Das persönliche Einkommen der befragten Rentenbezügerinnen und Rentenbezüger stammt aus verschiedenen Quellen:

- Vollrente IV: 60 Prozent der Befragten
- Teilrente IV: 33 Prozent
- Invaliditätsrente aus der 2. Säule: 29 Prozent
- Anstellung: 25 Prozent
- bedarfsabhängige Ergänzungsleistungen IV: 19 Prozent
- selbstständige Erwerbstätigkeit: 7 Prozent

Als weitere Einkommensquellen werden angegeben: Privatunterstützung im Haushalt (7%), Sozialhilfe (3%), Privatunterstützung von ausserhalb des Haushaltes

Haushalts-einkommen und Erwerbstätigkeit von Renten-bezügerinnen und Rentenbezügern der Invaliden-versicherung



(2%) sowie die Unterstützung durch private Organisationen (0,5%).

Bezahlte Erwerbstätigkeit von Rentenbezügerinnen und Rentenbezügern der IV weist nur eine schwache Beziehung zum Haushaltseinkommen auf (vgl. Grafik). Zwar gibt es in den oberen Einkommensklassen tendenziell mehr erwerbstätige Befragte, aber auch in den untersten Einkommensklassen sind die Befragten mit einer bezahlten Arbeit stärker vertreten.

Folgerungen

Die Vorstellung von Invaliditätsrenten als Arbeitersersatz findet in der Alltagsrealität von Menschen mit Behinderungen in der Schweiz genauso wenig eine Entsprechung wie in anderen Ländern. Arbeit macht Invaliditätsrenten nicht überflüssig, genauso wenig wie die Renten aus der Invalidenversicherung die materielle Sicherung bei Erwerbsunfähigkeit übernehmen können.

Das System der Invalidenversicherung in der Schweiz läuft Gefahr, in einer Eigenlogik zu funktionieren, die weder der Lebensrealität der Betroffenen gerecht wird noch zu den erwarteten Einsparungen bei der hoch verschuldeten IV führt. Diese Eigenlogik kann nur durch Bezugnahme auf systemübergreifende, gesellschafts- und machtkritische Konzepte überwunden werden, die die historisch gewachsenen Funktionsdifferenzierungen und impliziten Grundkonzepte der IV in Frage stellen und systemübergreifende Lösungen wie eine generelle Erwerbsersatzregelung unabhängig von Invalidi-

tätsgründen zumindest denkbar machen. Die Arbeitsintegration wird für Menschen mit Behinderung auch in Zukunft eine wichtige Rolle spielen, sie kann aber nicht mehr gleichzeitig Definitionsmerkmal, Mittel und Zweck der IV sein. Aufgrund der Unterschiedlichkeit der Lebenslagen von Menschen mit Behinderung ist der Stellenwert bedarfsorientierter Leistungen zu erhöhen. Dazu braucht es bessere Kenntnisse über die konkreten Lebenslagen von Menschen mit Behinderungen inner- und ausserhalb der IV, wie sie nur durch eine regelmässige Sozialberichterstattung erreicht werden können. |

Literatur

Bösle. (2006). Integration durch Arbeit ? Westdeutsche Behindertenpolitik unter dem Primat der Erwerbsarbeit 1949-1974, traverse, Zeitschrift für Geschichte 2006/3, S. 113-123.

Bütler, M. & Gentinetta, K. (2007). Die IV – eine Krankengeschichte, Verlag Neue Zürcher Zeitung, Zürich.

Geiser, K. (2004). Problem- und Ressourcenanalyse in der Sozialen Arbeit. Eine Einführung in die systemische Denkfigur und ihre Anwendung, 2., überarbeitete Auflage, interact Luzern.

Gredig, D., Deringer, S., Hirtz, M., Page, R. & Zwicky, H. (2005). Menschen mit Behinderungen in der Schweiz. Die Lebenslage von Bezügerinnen und Bezügern der Invalidenversicherung, Rüegger, Zürich.

Ott, W., et al. (2007). Nicht-zielkonforme Leistungen in der Invalidenversicherung: Bedeutung und Grössenordnung, Beiträge zur Sozialen Sicherheit, Forschungsbericht 4/07, Bundesamt für Sozialversicherungen, Bern.

Zwicky, H. (2003). Zur sozialen Lage von Menschen mit Behinderungen in der Schweiz, Schweizerische Zeitschrift für Soziologie, 29. Jg., 2003, H. 1, S. 159-187.

Der verdachtsgeleitete Blick

Text: Petra Bauer, Christine Wiezorek

Sozialpädagogische Familienbilder vor dem Hintergrund von Kinderschutz

Dieser Artikel befasst sich mit ersten Überlegungen zur Frage, wie Familienbilder in die alltägliche Arbeit von SozialpädagogInnen einfließen. Es lässt sich zeigen, dass insbesondere die Aufgabe, das Wohl von Kindern zu gewährleisten, einen spezifischen – verdachtsgeleiteten – Blick befördert.

Berichte von Kindern, die aufgrund von Vernachlässigung oder Misshandlung zu Tode gekommen sind, reißen in den Tagesnachrichten nicht ab. Der darauf folgende mediale Aufschrei verbindet sich meist mit schnellen Schuldzuschreibungen

Aktuelle Kinderschutzdebatten verschärfen die Forderung nach mehr Kontrollen

gen – sowohl in Richtung auf die «Monstereltern» als auch auf die meist bereits involvierten Jugendämter. Fast reflexartig erfolgt nach dem Bekanntwerden solcher Fälle im Zuge ihrer medialen Skandalisierung die Forderung nach einer stärkeren Kontrolle von Familien mit (kleinen) Kindern, z. B. durch ärztliche Pflichtuntersuchungen.

Kinderschutz zwischen Skandalisierung und Problematisierung

Dieser stetige Ruf nach mehr Kontrolle verweist auf den schmalen Grat, auf dem sozialpädagogische Fachkräfte in Jugend-

ämtern wandern, wenn sie versuchen, Kinder zu schützen: Veranlassen sie zu schnell die Herausnahme von Kindern aus ihren Familien, laufen sie Gefahr, als entmündigende Eingriffsbehörde in das Blickfeld öffentlicher Wahrnehmung zu geraten. Greifen sie dagegen nicht oder zu spät ein, werden sie als verantwortungslose oder überforderte Professionelle gebrandmarkt.

Die tatsächlichen Konflikte und Widersprüche, vor die das Handeln der sozialpädagogischen Fachkräfte in diesem Spannungsfeld von Hilfe und Kontrolle gestellt ist, werden dabei kaum thematisiert. Vor diesem Hintergrund interessieren uns Bilder professioneller (Sozial-)PädagogInnen von Familie und ihr Einfluss auf die Wahrnehmung von Familien, die unter dem Aspekt des Kinderschutzes in den sozialpädagogischen Aufmerksamkeitsfokus gelangen.

Wir gehen davon aus, dass diese Bilder neben den systematischen Wissensbeständen und beruflichem Erfahrungswissen immer auch in die Arbeit mit Familien einfließen (vgl. zum Begriff des Familienbildes die Beiträge in Cyprian & Heimbach-Steins 2003).

Unsere Ausführungen gründen auf empirische Befunde, die von uns im Rahmen anderer empirischer Studien erhoben wurden.¹ Dieses Material nutzten wir, um einige zentrale Dimensionen sozial-

pädagogischer Familienbilder herauszuarbeiten und damit auch die Grundlagen für eine weitergehende systematische Untersuchung zu schaffen.² Uns beschäftigt dabei insbesondere die Frage, inwiefern diesen Familienbildern etwas Strukturelles, d. h. für die sozialpädagogische Profession Typisches, unterliegt.

Der verdachtsgeleitete, dichotomisierende Blick auf Familie

Empirisch ist bisher kaum geklärt, wie Normalitätsvorstellungen und normative Entwürfe von Familie gerade in Zeiten des Wandels und der Ausdifferenzierung unterschiedlichster familialer Lebensformen konkret in sozialpädagogisches Handeln einfließen (vgl. Grosser 2006, S. 65 f.).

Der Blick auf die Institutionalisierungsgeschichte der Jugend- und Familienfürsorge zu Beginn des 20. Jahrhunderts zeigt aber, dass hier Leitbilder von «guter» Familie oder «richtiger» Erziehung zum Massstab des Handelns wurden, die stark am Normalitätsmodell der bürgerlichen Familie orientiert waren. Dabei bildete das Konzept der *Verwahrlosung* einen zentralen Bezugspunkt sozialpädagogischen Handelns (vgl. Ramsauer 2000; Wilhelm 2005). Zu Beginn der Etablierung dieses Begriffs standen zunächst noch «ökonomische» und «sozialdeterministische» Auffassungen im Mittelpunkt, die «Verwahrlosung» als Folge der «prekären wirtschaftlichen Verhältnisse» und der «Mehrfachbelastung von erwerbstätigen Müttern» betrachteten (Ramsauer 2000, S. 168). Im weiteren Verlauf der Institutionalisierung der Jugendfürsorge trat das ökonomische Erklärungsmuster in den Hintergrund und wurde abgelöst von stärker moralisierenden Erklärungen, die Verwahrlosung «zusehends auf die moralisch-charakterlichen Qualitäten der Fürsorgeempfänger» zurückführten und mit «Degenerationsvorstellungen der Gesellschaft» verbanden (ebd., S. 171). Spätestens mit der



Petra Bauer

ist wissenschaftliche Assistentin am Arbeitsbereich Sozialpädagogik der Freien Universität Berlin.



Christine Wiezorek

vertritt die Professur für Forschungsmethoden in erziehungswissenschaftlichen Handlungsfeldern an der Universität Jena.



SAMUEL BISSIG, 22

Meine Lieblingsband: Foo Fighters | Privat lese ich gerade: Robert Reich, Wie die Wirtschaft unsere Demokratie untergräbt | Meine Studienrichtung: Sozialarbeit | Weshalb? Möchte gerne Menschen in schwierigen Situationen helfen | Mein Job in zehn Jahren: als Schuldenberater oder als Sozialarbeiter in einem grösseren Unternehmen

Durchsetzung dieser moralisierenden Sichtweise, die den Eltern und deren «unsittlichem» Lebenswandel die Hauptschuld an der wahrgenommenen Verwahrlosung ihrer Kinder zusprach, konzentrierte die Kinder- und Jugendfürsorge ihren Blick auf die Familie auf die Erziehungsleistungen der Eltern. Die Kinder mussten sowohl richtig ernährt und angeleitet als auch in einer bestimmten körperlichen und seelischen Verfassung sein (vgl. Wilhelm 2005, S. 207). Die Familie kommt in diesem Konstituierungsprozess in erster Linie unter dem Gesichtspunkt der Erziehungsfähigkeit der Eltern in den Blick (vgl. Funk 2002). Die Entwicklung dieser Fürsorgegedanken basiert dabei auf dem sich durchsetzenden Grundgedanken, dass jedes Kind ein Recht auf angemessene Erziehung

hat. Das heisst, der sozialpädagogische Blick auf die Eltern zum einen und das Kind zum anderen liegt damit auch in der Etablierung von Kinderschutzrechten begründet. Zentral für den sozialpädagogischen Handlungsbezug ist hier die Frage nach dem *Kindeswohl*.³ Der Schutzauftrag

SozialpädagogInnen haben zu oft Familienbilder, die auf wenig reflektierten Alltags- und Normalitätsannahmen beruhen

für das Kind besteht in allen sozialpädagogischen Handlungsfeldern, und er korrespondiert mit dem *Wächteramt*, das der Staat über das Erziehungsrecht der Eltern ausübt.

Mit beiden Begründungslinien geht nun ein spezifischer Blick auf Familie einher, der weniger auf die Familie als Ganzes

als vielmehr stark auf das Kind einerseits und die Eltern andererseits gerichtet ist (vgl. auch Bauer/Wiezorek 2007). Diese perspektivische Trennung des sozialpädagogischen Blickes auf Familie folgt der begründeten Annahme, dass Elterninteressen und Kinderbedürfnisse nicht zwangsläufig in eins gehen. Sie trägt also der gesellschaftlichen Entwicklung Rechnung, dass Kinder und Jugendliche zunehmend als selbstständige Individuen, die ein zu respektierendes Eigenleben haben, wahrgenommen wurden (vgl. Stein-Hilbers 1994, S. 30 ff.). Aus dieser perspektivischen Trennung der sozialpädagogischen Bezugnahme auf Familie resultieren aus unserer Sicht aber zwei Problematiken: Einerseits läuft Soziale Arbeit damit Gefahr, «die Interdependenz individueller Entwicklungen in der Familie und ihre Abhängigkeit von der jeweiligen (individuell geprägten) Familienstruktur» (Zenz 1979, S. 69) zu missachten. Indem sozialpädagogische Interessenvertretung vor allem darin besteht, den Blick auf das Kind zu richten, droht die Sicht auf die unterschiedlichen und ambivalenten Bezugnahmen der Familienmitglieder aufeinander, das heisst auf die Wechselwirkungen ihrer Interaktionen und auf das Zusammenspiel im «System Familie», verloren zu gehen.

Andererseits folgt aus der häufig eher unbewussten und wenig reflektierten Fokussierung auf ein inhaltlich-normatives Konzept der Erziehungsfähigkeit von Eltern die Abwertung von bestimmten familial verankerten, milieuspezifischen Erziehungsformen. Auch wenn der klassische «proletarierbezogene» Diskurs als überwunden gilt, stellt sich dieses gesellschaftliche Anerkennungsproblem aktuell nach wie vor in Bezug auf Debatten zur (neuen) Unterschicht oder in Bezug auf Migrantenfamilien. Hier trägt Soziale Arbeit, wenn sie diese strukturelle Problematik nicht reflektiert, provokant formuliert, zur gesellschaftlichen Reproduktion sozialer Ungleichheit bei – durch einen verdachtsgeleiteten Blick, der sich vorrangig auf spezifische Milieus und Familienformen richtet.

Implikationen für die Soziale Arbeit

Das historisch entstandene und rechtlich begründete Strukturproblem Sozialer Arbeit wird, so unsere These, durch die aktuellen Kinderschutzdebatten und die Forderung nach mehr Kontrolle noch verschärft. Die daraus resultierende Span-

nung lässt sich unseres Erachtens – wie bei allen Strukturproblemen – nicht auflösen. Vielmehr ist die Frage, wie diese Problematik professionell aufgegriffen werden kann. Zum einen erscheint es uns notwendig, sich gerade auch in der Ausbildung angehender SozialpädagogInnen stärker damit zu beschäftigen, wie Familienbilder, die in erster Linie auf wenig reflektierten Alltags- und Normalitätsannahmen beruhen, in ein professionelles Verständnis transformiert werden können, das den Wertvorstellungen von Klientenfamilien und professionellen Massstäben von wechselseitiger Anerkennung besser gerecht werden kann. Zum Zweiten sollte auch von sozialpädagogischer Seite ein Reden über Familie problematisiert werden, das in moralisch aufgeladenen Bildern geschieht, die im-

plizit den Eltern die Anerkennung als zuvorderst Erziehungsberechtigte vorenthalten und damit zur Marginalisierung gerade nichtbürgerlicher (Unterschichten-)Milieus beitragen können. |

Fussnoten

¹ Dabei handelt es sich um Interviews mit SozialpädagogInnen aus ganz unterschiedlichen Handlungsfeldern, die im Rahmen eines zweisemestrigen Lehrforschungsprojektes an der Freien Universität Berlin erhoben wurden; Interviews mit SchulsozialarbeiterInnen, die im Rahmen einer Evaluationsstudie zur Sozialarbeit an berufsbildenden Schulen in Thüringen erstellt wurden (vgl. Bauer u.a. 2005, S. 101 ff.), aber auch Befunde aus Diplomarbeiten und Praktikumsberichten von Studierenden und zur Kontrastierung Ergebnisse aus Interviews mit LehrerInnen und SchulleiterInnen aus einer umfangreichen Studie zur politischen Anerkennungskultur an Schulen (Wiezorek 2006).

² Die empirischen Beispiele können in diesem Rahmen aufgrund der gebotenen Kürze dieses Beitrags nicht dargestellt werden (vgl. hierzu Bauer & Wiezorek in Vorb.).

³ Wir beziehen uns hier auf die rechtliche Situation in Deutschland, inhaltlich insbesondere auf die entsprechenden Ausführungen im SGB VIII, im BGB und in Art. 6 des Grundgesetzes.

Literatur

Bauer, P. & Wiezorek, C. (in Vorb.). Familienbilder professioneller SozialpädagogInnen. Erscheint in: Thiesen, B. & Villa, P.-I. (Hrsg.). Mütter/Väter. Elternschaft zwischen medialen Repräsentationen und alltäglichen Praxen (Arbeitstitel). Münster.

Bauer, P. & Wiezorek, C. (2007). Zwischen Elternrecht und Kindeswohl. In: Ecarius, J. (Hrsg.). Handbuch Familie. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 614–636.

Bauer, P., Brunner, E. J., Morgenstern, I. & Volkmar, S. (2005). Sozialarbeit an berufsbildenden Schulen. Das Thüringer Modell. Freiburg/Br.: Lambertus.

Cyprian, G. & Heimbach-Steins, M. (2003). Familienbilder. Interdisziplinäre Sondierungen. Opladen: Leske und Budrich.

Funk, H. (2002). Elternarbeit. In: Schröer, W., Struck, N. & Wolff, M. (Hrsg.). Handbuch Kinder- und Jugendhilfe. München: Juventa, S. 681–692.

Grosser, C. (2006). Familienbilder in der Familienforschung. In: Bauer, P. & Brunner, E.J. (Hrsg.). Elternpädagogik. Von der Elternarbeit zur Erziehungspartnerschaft. Freiburg/Br.: Lambertus, S. 61–77.

Ramsauer, N. (2000). «Verwahrlost». Kindswegnahmen und die Entstehung der Jugendfürsorge im schweizerischen Sozialstaat 1900–1945. Zürich: Chronos.

Stein-Hilbers, M. (1994). Wem gehört das Kind? Neue Familienstrukturen und veränderte Eltern-Kind-Beziehungen. Frankfurt/Main, New York: Campus Verlag.

Wilhelm, E. (2005). Rationalisierung der Jugendfürsorge. Die Herausbildung neuer Steuerungsformen des Sozialen zu Beginn des 20. Jahrhunderts. Bern, Stuttgart, Wien: Haupt.

Zenz, G. (1979). Kindesmisshandlung, Kinderschutz und Kindesrechte im geschichtlichen Überblick. In: dies. Kindesmisshandlung und Kindesrechte. Erfahrungswissen, Normstruktur und Entscheidungs-rationalität. Frankfurt/Main: Suhrkamp, S. 19–76.

Wiezorek, C. (2006). Die Schulklasse als heimatlicher Raum und als Ort der Einübung demokratischer Haltungen. In: Helsper, W., Krüger, H. H., Fritzsche, S., Sandring, S., Wiezorek, C., Böhm-Kasper, O. & Pfaff, N. Unpolitische Jugend? Eine Studie zum Verhältnis von Schule, Anerkennung und Politik. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 255–289.



SIMONE METTLER, 29

Meine Lieblingsband: Reamonn | Privat lese ich gerade: Globetrotter-Heft | Meine Studienrichtung: Soziokulturelle Animation | Weshalb? Interesse an gesellschaftlichen Veränderungen und deren Bedeutung für unser Zusammenleben | Mein Job in zehn Jahren: in einem Quartiertreff oder auf einer Fachstelle für Gesundheitsförderung und Prävention

An der Schnittstelle von Sozialarbeit und Politik

Text: Beat Uebelhart, Francesco Castelli

Soziale Arbeit als Mitgestalterin gesellschaftlicher Modellierung – das Beispiel einer interregionalen Jugendpolitik

Wie können Professionelle der Sozialen Arbeit das politische Steuerungsbedürfnis nachhaltig wecken, sodass eine politische Auseinandersetzung über die Auswirkungen einer fehlenden Jugendpolitik in Gang kommt? Wie können auf allfällige Jugendleitbilder auch konkrete, politisch und professionell abgestützte Massnahmen folgen? Und welches sind dabei die Grenzen des partizipativen Ansatzes? Diese Fragen standen im Zentrum des Forschungs- und Beratungsprojektes, das im folgenden Beitrag vorgestellt wird.

Der solothurnische Bezirk Gäu befindet sich zwischen den Städten Olten und Solothurn im Schweizer Mittelland. Daneben konnten die Gemeinde Fulenbach (Bezirk Olten) sowie die Gemeinde Niederbipp (Kanton Bern) für das Projekt gewonnen werden. Insgesamt umfasst dieses Gebiet (Gäu+) ca. 16 000 EinwohnerInnen.

Das Bedarfsmodell der Fachhochschule Nordwestschweiz

Die Bedeutung der Kinder- und Jugendarbeit für die politische und wirtschaftliche Entwicklung einer Gemeinde oder Region ist hinlänglich bekannt. Aufgrund von Vorkommnissen haben die Verantwortlichen der Gäuer Gemeinden beschlossen, die Zusammenarbeit der Gemeinden im Bereich «Kinder und Jugend» zu fördern. In der Diskussion über die Jugendpolitik und die Bedürfnisse von Kindern und Jugendlichen wird die Kluft zwischen Generationen, politischen Richtungen und anderen Gruppen sichtbar. Eine Vorgehensweise zur Bedarfsbestimmung muss demzufolge qualitative und quantitative Erhebungsmethoden verknüpfen. So wird es möglich, sowohl die objektiven Gegebenheiten einer Region als auch die

Lebensqualität und Lebenszufriedenheit der Menschen und damit ihre subjektiven Einschätzungen zu erheben.

Die Bestimmung des Bedarfs ist aber letztlich ein politischer Prozess, der abhängig ist von einer erfolgreichen gesellschaftlichen Konstruktion, an der verschiedene Akteure beteiligt sind. Dabei sind nicht in erster Linie wissenschaftliche Untersuchungsergebnisse massgeblich, sondern Wertentscheidungen.

Bei der Entwicklung einer interregionalen Jugendpolitik haben wir uns auf das Bedarfsmodell der Fachhochschule Nordwestschweiz (Uebelhart/Sommerfeld 2005, S. 32–33) gestützt, welches vor einigen Jahren entwickelt und seither mehrfach erfolgreich umgesetzt wurde. Das Bedarfsmodell ist vierstufig angelegt:

- Die erste Stufe beinhaltet die eigentliche Bedarfsabklärung;
- die zweite zielt auf die Vision oder das Jugendleitbild;
- die dritte wiederum konzentriert sich auf die Umsetzungsfragen;
- die vierte Stufe schliesslich beinhaltet die Leistungs- und Wirkungsevaluation.

Umsetzung der Bedarfsabklärung

Im Jahr 2006 wurde die Bedarfsabklärung durchgeführt. Das von der Fachhochschule Nordwestschweiz (FHNW) entwickelte Rating-Instrument berücksichtigt vier Prozessschritte.

Basisdemokratische Prozesse werden dem Expertenansatz gegenübergestellt

1. In einem ersten Schritt geht es zunächst darum, die Lebenswelt der Jugendlichen kennen zu lernen.
2. In einem zweiten Schritt wollen wir herausfinden, welche Bedürfnisse die Kinder und Jugendlichen selbst anmelden, welche der bestehenden Angebote sie nutzen und welche Angebote sie künftig benötigen (wer braucht was?).
3. Im dritten Schritt werden ausgewählte Schlüsselpersonen aus Gesellschaft, Politik, Vereinen, Kirchen und anderen Institutionen sowie Eltern dazu befragt, wo sie aus ihrer (Fach-)Sicht einen «Bedarf» in Sachen Kinder- und Jugendarbeit sehen (Bild der Erwachsenenwelt von den Jugendlichen und ihren Bedürfnissen; möglicher Konsens



Beat Uebelhart

ist Professor für Social Impact Management und Senior Consultant am Institut Beratung, Coaching und Sozialmanagement der FHNW-HSA in Olten sowie selbständiger Consultant/Coach.



Francesco Castelli

ist Projektleiter und Direktionsassistent bei den Sozialen Diensten der Stadt Zürich.

Tabelle: Gegenüberstellung der Bedarfseinschätzungen Gäu+

Region Gäu+	Schlüssel- personen	Kinder und Jugendliche	kumulierte Diskrepanz	Handlungsbedarf Schlüsselpersonen	Handlungsbedarf Kinder und Jugendliche
Jugendtreff, -angebote	27,3	22,6	49,9		
kommerzielle Konsumangebote	16,4	32,4	48,8		
ungestörter Ort	16,0	25,5	41,5		
über Sorgen reden	26,4	5,7	32,1		
selbst bestimmte Freizeit	11,2	20,2	31,4		
Engagement	20,8	9,9	30,7		
soziale Zugehörigkeit	19,1	10,7	29,8		
Angebote in Vereinen	6,2	11,1	17,3		

darüber, was den Jugendlichen anzubieten sei und in welcher Haltung ihnen begegnet werden soll).

4. Der vierte Schritt umfasst die Gegenüberstellung der Einschätzungen hinsichtlich des Sollzustands aus der Perspektive der Kinder und Jugendlichen einerseits und der Erwachsenenwelt andererseits (siehe oben stehende Tabelle).

Beispielsweise wird so erkennbar, dass sich nur im Bereich Jugendangebote und Jugendtreff die Einschätzungen der Jugendlichen mit denjenigen der Erwachsenen decken. Über Sorgen reden können und das Engagement für Umwelt und Gesellschaft sind Wunschvorstellungen der Erwachsenen, die nicht den Bedürfnissen der Kinder und Jugendlichen entsprechen.

Leitbildentwicklung, Umsetzungsplanung und zentrale Problematiken

Seit 2007 bearbeiten wir den zweiten Projektteil unter dem Titel «Jugendpolitik Gäu+». Nachdem wir 2006 den legiti-

mierbaren Bedarf erhoben haben, geht es in diesem Schritt nun um den politisch/gesellschaftlich legitimierten Bedarf und den handlungsauslösenden Entscheid hinsichtlich des eigentlichen Bedarfsausgleichs (was wird wo, zusammen mit wem, bis wann, mit welchen Kostenfolgen usw. realisiert?)

Die mit der Auftraggeberschaft vereinbarten Zielsetzungen werden in den beteiligten Gemeinden in jeweils drei öffentlichen Workshops umgesetzt. Zwischen den Workshopzyklen werden die Rückmeldungen aus den Gemeinden an drei zentralen Veranstaltungen (Moderierende der Gemeinden und Fachleute der FHNW) für jeden Realisierungsschritt analysiert, einander gegenübergestellt und hinsichtlich gäuweiter Übereinstimmungen untersucht und aufbereitet.

Schon bei den ersten Gemeineworkshops im Rahmen der Leitbildentwicklung war die Teilnahme der BürgerInnen sehr gering. Ausserdem hat sich die Teilnahmequote zwischen dem ersten und

dem zweiten Gemeineworkshop nochmals verschlechtert (von 0,8 auf 0,6 Prozent der Bevölkerung). Aufgrund der geringen Teilnahme von BürgerInnen kann weder von annähernd demokratisch legitimierbaren Workshopresultaten gesprochen noch das Workshopdesign wie geplant durchgeführt werden.

Es bleibt anzufügen, dass wir aus früheren Projekten durchaus mit einer Beteiligungsquote von 4 bis 10 Prozent der Be-

Es ist gelungen, die Jugendlichen für den politischen Prozess zu mobilisieren – andere Bevölkerungsgruppen hingegen nicht

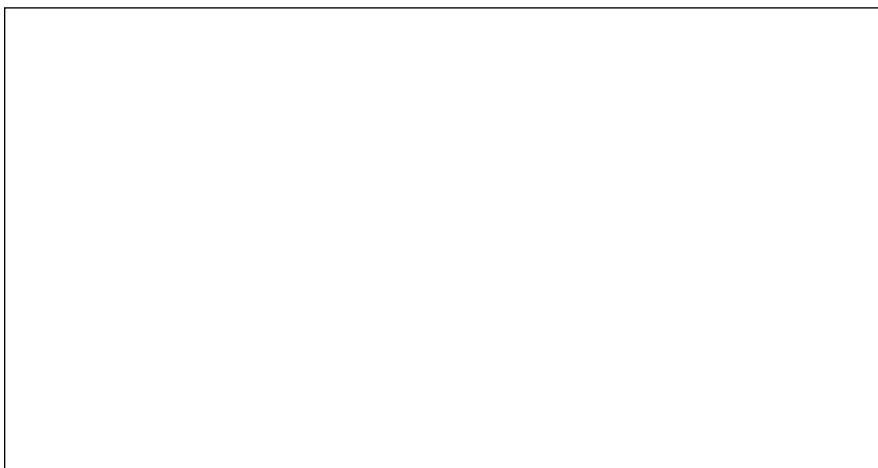
völkerung rechnen durften, und auch die recht hohe Rücklaufquote von 45 Prozent bei der Bedarfsanalyse Gäu+ (2006) bestätigte uns in dieser Annahme.

Das Ende des partizipativen Weges

Eine parallele Begleituntersuchung bei vier Projektgemeinden erlaubt es uns, einige Besonderheiten der Partizipation im Gäu+ und einige Hintergründe der rückläufigen Beteiligungsquoten zu kennen. Beim soziodemografischen Profil der an den Workshops beteiligten BürgerInnen sticht etwas heraus: Die Jugendlichen sind – entgegen den theoretischen Annahmen (Reinert 2003, S. 37) – nicht unter- sondern übervertreten! Dies ist ein sehr positives Resultat. Ganz offensichtlich ist es gelungen, die Jugendlichen für einen politischen Prozess zu mobilisieren. Bei anderen Bevölkerungsgruppen wurde die Theorie bestätigt (ebd.): Die Männer sind übervertreten und die AusländerInnen praktisch inexistent.

Weiter hat sich gezeigt, dass sich die BürgerInnen vor allem aus Gemeinwohlbezogenheit, sozialer Hilfsbereitschaft und zur Durchsetzung eigener Interessen en-

INSERAT



gagieren. Das Sozialkontaktmotiv spielt – im Gegensatz zur Theorie (vgl. Schüll 2005) – keine grosse Rolle. Bei den Jungen sind einzelne eigennutzorientierte Motive stärker ausgeprägt als bei den Älteren. Das Fremdbild ist gegenüber dem Selbstbild übersteigert, d.h., die politisch Verantwortlichen und Moderierenden schätzen die Bürgerinnen als stärker motiviert ein, als sich die BürgerInnen selber einschätzen. Diese verzerrte Wahrnehmung der Motive beinhaltet ein gewisses Risiko bei der Wahl der Form des Bürgerchaftsbeteiligungsverfahrens. Im interregionalen Vergleich unterscheiden sich die Selbstbilder nicht, die Fremdbilder hingegen schon. Dies könnte mit unterschiedlichen kantonalen Politikulturen zu tun haben.

Zwei mögliche Ursachen für die oben angesprochen tiefe Partizipation sind eine wenig wirkungsvolle Ansprache der Zielgruppen sowie Workshopinhalte und -methoden (Formulierung von Zielen, Umsetzungsplanung und Messindikatoren), welche die Teilnehmenden überfordern.

Fazit

Die Angehensweise im Gäu+ war als basisdemokratischer Prozess angelegt. Dem können wir den verbreiteten ExpertInnen-Ansatz gegenüberstellen, bei dem Fachleute und Organisationen der Sozialen Arbeit den Bedarf formulieren, den sie dann anschliessend politisch legitimieren (und finanzieren) lassen, wobei das Selbstreproduktionsinteresse der Organisation auch eine Rolle spielen kann. Rein politische oder rein fachliche Diskursversuche laufen jedoch Gefahr zu scheitern.

Aufgrund unserer Erkenntnisse und Erfahrungen sind wir zum Schluss gelangt, dass einzig ein *zirkulärerer Prozess* zielführend sein kann:

- Bedarfabklärung als partizipativer politischer Prozess
- Umsetzung als ExpertInnen-Ansatz
- Legitimierung des Gesamtpakets am Schluss wiederum als breit abgestützter politischer Prozess.



PETER RITTER, 43

Meine Lieblingsband: The Police | Privat lese ich gerade: Tages-Anzeiger | Meine Studienrichtung: Soziokulturelle Animation | Weshalb? Weil ich nicht ruhig sitzen kann | Mein Job in zehn Jahren: Jugendstrafanstalt oder Jugendhaus. Denn: Es besteht immer eine Hoffnung.

Literatur

Reinert, Adrian (2003). Bürger(innen)beteiligung als Teil der lokalen Demokratie. In: Ley, Astrid & Weitz, Ludwig (Hrsg.). Praxis Bürgerbeteiligung. Ein Methodenhandbuch. Bonn: Verlag Stiftung MITARBEIT – Agenda Transfer.

Schüll, Peter (2005). Motive und Erwartungen von Freiwilligen. Eine Ernüchterung für Monetarisierungsbefürworter? In: Farago, Peter & Ammann, Herbert (Hrsg.). Monetarisierung der Freiwilligkeit. Referate und Zusammenfassungen der 5. Tagung der Freiwilligenuniversität vom 30. bis 31.5.2005 in Luzern. Zürich: Seismo Verlag.

Uebelhart, Beat & Sommerfeld, Peter. Bedarfsanalysen im Zeichen knapper öffentlicher Mittel. In: Schweizer Gemeinde, Nr. 4, 2005: 32–33.

Jenseits von Milieu und Migration

Text: Anna Maria Riedi

Integrationsarbeit mit marginalisierten Jugendlichen

Am SGSA-Kongress wurden auch Studien vorgestellt, die das Leben und die Problemlage von marginalisierten Jugendlichen in Kanada, Frankreich, Deutschland und der Schweiz untersuchten. Jugendliche mit Migrationshintergrund und/oder einem wenig günstigen Bildungsniveau bildeten eine Gemeinsamkeit der Referate. Der vorliegende Beitrag präsentiert eine Umfrage bei Fachpersonen von Jugendanwaltschaften und von Jugend- und Familienberatungsstellen, ob Jugendliche aus dem Balkan für Jugendhilfeagenturen eine Herausforderung sind. Und umgekehrt wird die Frage gestellt, wie diese Jugendlichen diese Agenturen erleben

Wie schon Elias und Scotson in ihrer Studie von 1958/60 aufzeigen, sind Differenzen – im Sinne von sozialen Unterschieden und Konflikten zugleich – zwischen «alten» und «neuen» Gruppen typisch für moderne Gesellschaften. Wenn sich Menschen von einem Ort im sozialen oder geografischen Raum zum anderen bewegen, wechseln sie immer auch von einer Gesellschaftsgruppe in eine andere über. Sie nehmen die Rolle der Neuankömmlinge ein und müssen Beziehungen zu Ansässigen mit bereits etablierten Denk- und Handlungsmustern aufnehmen. Vielfach werden sie in die Rolle der Aussenseiter gedrängt. Die Etablierten kämpfen um ihren Vorrang. Gelegentlich benutzen sie dazu auch

stigmatisierende Glaubensannahmen über die neue Gruppe, die gerne von Beobachtungen ihrer «schlechtesten» Teilgruppen abgeleitet werden. Die Neuankömmlinge können ihrerseits derartige Diskriminierungen kaum zurückgeben – ausser vielleicht in Form von Delinquenz, Vandalismus und anderen Verstössen gegen das geltende Recht, wie Elias und Scotson (vgl. 1993, S. 234 ff.) es nennen; und dies unabhängig von Migration oder Milieu der alten und neuen Gruppen. Im Gegenteil, Elias und Scotson weisen nach, dass sich durch soziale Mobilität vergleichbare soziale Problemlagen auch bei Binnenmigration und unter gleichen Milieus stellen. Jenseits von Milieu oder Migration wirken demnach Inklusionsprozesse (Prozesse zwischen Etablierten und Aussenseitern), welche damit auch Voraussetzung für Integrationsprozesse (Prozesse aufgrund von Unterschieden bezüglich Migration und Milieu) sind.

«Balkan-Secondos» mit negativen Vorurteilen behaftet

Die Eidgenössische Kommission für Jugendfragen (vgl. 2003, S. 13) stellt fest, dass in der Schweiz bei Jugendlichen mit Migrationshintergrund zwar oft ihre sportlichen Leistungen gelobt werden, aber man sie doch meist mit Gewalt, schwachen Schulleistungen und schwieriger beruflicher Eingliederung in Verbindung bringt. Diese Art der Marginalisierung trifft insbesondere auf Jugendliche aus den Nachfolgestaaten Jugoslawiens sowie aus Albanien, dem sogenannten Westbalkan, zu. So ist in einem Zeitungskommentar zum Fall Seebach beispielsweise von «... Balkan-Secondos mit krudem Frauenbild» (Strehle 2007) zu lesen. Jugendliche aus den Nachfolgestaaten Jugoslawiens sowie aus Albanien gelten als «Jugendliche aus dem Balkan», und Meinungen über ihr Verhalten verschmelzen oft mit Meinungen und Bildern über ihre Herkunftsregion. Unabhängig von der Frage, ob Verhalten und Herkunftsregion tatsächlich in einen derartigen Zusammenhang gebracht werden können, und

unabhängig von der Frage, ob die Gewalt- oder Kriminalitätsrate bei Jugendlichen aus dem Balkan tatsächlich steigt oder ob vor allem negative Zuschreibungsprozesse zu dieser öffentlichen Meinung führen, ist es eine Tatsache, dass sich die Jugendhilfeagenturen vermehrt mit einer Klientel beschäftigen, die aus der genannten Herkunftsregion stammt.

Wir haben Fachpersonen von Jugendanwaltschaften und Jugend- und Familienberatungsstellen im Kanton Zürich gefragt, ob *Jugendliche aus dem Balkan* für die Jugendhilfeagenturen eine Herausforderung sind. Und umgekehrt wollten wir wissen, wie *Jugendliche aus dem Balkan* aus ihrer Sicht die Jugendhilfeagenturen erleben (vgl. Riedi & Haab 2007).

Jugendhilfeagenturen: «positives Arbeitsbündnis»

Jugendliche mit Herkunft aus dem Westbalkan bilden die grösste ausländische Gruppe unter den 15- bis 19-Jährigen im Kanton Zürich. Sie gehören (mit Portugiesen und Türken) zu den Jugendlichen mit den schlechtesten Chancen, aus dem angestammten tiefen Bildungsmilieu auszubrechen resp. einen hohen Bildungsstatus der Eltern selber zu reproduzieren. Weibliche Jugendliche aus dem Balkan besuchen jedoch zunehmend anforderungsreiche Schultypen, männliche Jugendliche zunehmend weniger anforderungsreiche Schultypen.

Jugendliche aus dem Westbalkan und die Fachpersonen der Zürcher Jugendhilfeagenturen geben übereinstimmend an, dass zwischen ihnen ein Arbeitsbündnis zustande komme, welches von *beiden* Seiten positiv erlebt und bewertet wird. Aus Sicht der Fachpersonen bringen Jugendliche aus dem Westbalkan vergleichbare Problemlagen mit wie das Gesamt der Klientel der Jugendhilfe, dazu gehören je nach Fall auch ausländer- und/oder migrationsspezifische Problemlagen. Jugendliche selber haben keine oder nur eine sehr diffuse Identität als «Jugendliche aus dem Balkan». Sie wehren sich



Anna Maria Riedi

ist Dozentin an der Zürcher Hochschule für angewandte Wissenschaften ZHAW, Departement Soziale Arbeit, Bereich Forschung und Entwicklung.

insbesondere dagegen, dass sie, wie es ein Jugendlicher sagt, «alle in den gleichen Topf geworfen werden». Jugendliche und Fachpersonen sind zum Teil konfrontiert mit hohen und kaum einlösbaren Erwartungen der Eltern an das Leben ihrer Kinder in der Schweiz resp. an deren Nutzung des Bildungssystems. Der Sohn, den man in die Schweiz geholt hat, damit er Arzt wird, sitzt heute dann doch «nur» in der Sek. B. Jugendliche und Fachpersonen weisen gleichermassen auf die Bedeutung der Peers im Leben der Jugendlichen hin. Die Peers werden je nach Zusammensetzung als hemmend, anstiftend oder als unterstützend, hilfreich gewertet.

Empfehlungen aufgrund der Studienergebnisse

Facharbeit verzichtet auf die Rede vom Leben in zwei Welten

Es zeigt sich sowohl in der Fachliteratur als auch im Alltag der Jugendhilfeagenturen, dass verhaltensorientierte, integrationsorientierte und ressourcenorientierte methodische Ansätze hilfreich für ein gelingendes Arbeitsbündnis sind. Ansätze, die jedoch Kulturkonflikte (Leben in zwei Welten) in den Vordergrund stellen, haben sich als wenig hilfreich erwiesen. Zum einen sind sie theoretisch diffus: Sie unterscheiden kaum zwischen religiösen, ethnischen, nationalen oder familiären Kulturkonflikten und berücksichtigen selten, dass sich die hier gelebte «Kultur» der Zugewanderten wesentlich unterscheidet von der «Kultur» im Herkunftsland. Zum anderen vermögen sie die Lebens- und Problemdeutungen der Jugendlichen nicht abzubilden. Die Rede vom Leben in zwei Welten ist an sich nie falsch, fachlich aber auch nie ganz richtig und eindeutig. Dieser Ansatz stellt eher eine Rückzugsposition in der professionellen Arbeit dar und sollte daher nicht aktiv verfolgt werden.

Eltern schätzen Möglichkeiten und Grenzen des Bildungssystems realistisch ein

Einerseits zeigen sich in der Tendenz zunehmende und deutliche Unterschiede zwischen Mädchen und Knaben bezüglich schulischer Integration und damit zusammenhängender beruflicher Perspektiven. Auf der anderen Seite stellen Jugendliche und Fachpersonen bei Eltern oft hohe und kaum einlösbare Erwartungen an das schulische Fortkommen ihrer



DEBORAH DÖSSEGER, 24

Meine Lieblingsbands: sehr viele | Privat lese ich gerade: Ken Follet, Die Kinder von Eden | Meine Studienrichtung: Sozialarbeit | Weshalb? Breites Gebiet, schätze Vernetzungsarbeit und führe gerne Beratungsgespräche | Mein Job in zehn Jahren: entweder in der Jugendanwaltschaft oder Vormundschaftsbehörde einer Stadt

Söhne fest. Es scheint, als ob Mädchen – mit weniger (oder gar keinen) elterlichen Erwartungen konfrontiert – das Bildungssystem besser nutzen können als Knaben. Es gilt daher, Eltern in einer realistischen Einschätzung der Möglichkeiten und Grenzen des schweizerischen Bildungssystems zu unterstützen, zum Beispiel in der Elternarbeit von Schulen, aber auch Jugendhilfeagenturen.

Jugendarbeit fördert die Bildung von unterstützenden Peergroups

Die Ergebnisse zeigen, dass Peergroups aus der Sicht der Jugendlichen und der Fachpersonen eine wichtige Bedeutung zukommt. Sie können je nach Zusammensetzung absolut hinderlich und fatal oder aber unterstützend und förderlich für die Jugendlichen sein. Eine Jugendarbeit, die sich bewusst der Förderung von unterstützenden, Halt gebenden Peergroups annimmt, trägt viel zur Verbesserung der Lebenslage marginalisierter Jugendlicher bei.

Fazit

Milieu oder Migration sind für die Soziale Arbeit mit marginalisierten Jugendlichen als Erklärungs- und Handlungsmuster zur Förderung von Integrationsprozessen bewährte, gleichwertige – und in der Praxis oft auch kombinierte – Zugangsweisen. Jenseits von Milieu und Migration wirken jedoch Inklusionsprozesse, welche als Voraussetzungen für Integrationsprozesse zu berücksichtigen sind.

Literatur

Eidgenössische Kommission für Jugendfragen (2003). Stärken wahrnehmen – Stärken nutzen. Perspektiven für eine kinder- und jugendgerechte Integrationspolitik. Bern.

Elias, N. & Scotson, J. L. (1993). Etablierte und Aussenseiter: Suhrkamp Taschenbuch Verlag.

Riedi, A. M. & Haab, K. (Hrsg.) (2007). Jugendliche aus dem Balkan. Migration und Integration als Herausforderung für die Jugendhilfe. Eine Studie der Hochschule für Soziale Arbeit Zürich. Zürich/Chur: Rüegger Verlag.

Strehle, R. (2007). Subtile Nötigung. Tages-Anzeiger, Dienstag, 13. November 2007, S. 13.

Transformationen im Bildungssystem

Text: Margot Vogel, Tobias Studer

Begabtenförderung und Gewalt an Schulen aus bildungssoziologischer Perspektive

Gegenstand dieses Artikels sind die Auswirkungen gegenwärtiger Transformationen im Bildungssystem, welche an zwei Thesen diskutiert werden: Anhand des erstarkten Diskurses um Begabtenförderung und Elitebildung lässt sich erstens eine Tendenz der Entdemokratisierung der Bildung festmachen. Zweitens diskutieren wir die Thematik der Gewalt an Schulen aus einer sozialstrukturellen Perspektive.

Wir gehen hierbei davon aus, dass auf bestimmten Schulstufen eine stärkere Gewichtung askriptiver, nicht erwerbbarer Faktoren mit einer systematischen Schliessung erwerbbarer Faktoren zur Qualifikation und Rangierung zusammenhängt (Graf/Graf 1997).

Aus bildungssoziologischer und funktionalistischer Theorie lässt sich die Legitimation sozialer Ungleichheit als zentrale Funktion schulischer Systeme bestimmen. Schule ist der gesellschaftliche Ort, welcher vorgibt, erwerbbarer Status fernab zugeschriebener Faktoren wie Kulturzugehörigkeit, Geschlecht, Nationalität, Religiosität gerecht zu verteilen. Dies geschieht über die Verknüpfung zwischen dem Bildungsstatus und der sozialen Position in der Arbeitswelt. Aufgrund der Parallelität zwischen der Gesellschaftsstruktur und der Verteilung von Bildungsabschlüssen wird deutlich,

weshalb höhere Bildung künstlich verknappt werden muss (Graf/Lamprecht 1991). Die zentrale Leistung der Schule hinsichtlich der Legitimation besteht in der Umdeutung sozialer Privilegien in individuelle Unterschiede: Durch die Einführung des Mythos der «Stunde null» findet die Ungleichheit bezüglich vorschulischer Kenntnisse und Erfahrungen keine Berücksichtigung (vgl. Erdheim 1982). «Der Umfang der Verknappung ist allein bedingt durch die Stellung des Bildungssystems im gesellschaftlichen Statuszuweisungsprozess. Es sind also letztlich Systemschranken, an welche die Schüler stossen, und nicht irgendwelche Begabungsschranken» (Graf/Lamprecht 1991).

Begabtenförderung als Entdemokratisierung des Bildungssystems

Mit dem neuen Zürcher Volksschulgesetz hält mit der Verordnung über die sonderpädagogischen Massnahmen auch das Verständnis Einzug, dass aufgrund ausgeprägter Begabung ein besonderes Bedürfnis entstehen kann. Begabungsförderung ist, wie das in der Zeitschrift «Bildung Schweiz» prägnant formuliert wird, kein Tabu mehr (vgl. Grossenbacher/Vögel 2007). Begabung kann vor dem Hintergrund der Theorie der logischen Typen (vgl. Bateson 1981) als eine Zuschreibung

auf der logisch falschen Ebene bezeichnet werden: Es besteht eine Differenz zwischen der Klasse und den Elementen; die Klasse kann kein Element ihrer selbst sein. Mit der Zuschreibung bestimmter

Nur mit einer bildungssoziologischen Perspektive lässt sich aktuellen Transformationen im Bildungssystem auf die Spur kommen

Eigenschaften an das Element findet eine Klassifizierung vor dem Hintergrund bestimmter Kriterien statt. Beim logischen Typisierungsfehler handelt es sich also gewissermassen um eine Verwechslung von Name und Sache. Damit deckt die Bestimmung von Begabung aufseiten des Individuums auf, wie wir uns die Welt einrichten, welches Verständnis von Normalität wir haben.

Hinsichtlich der gesellschaftlichen Funktion von Begabung lässt sich betonen, dass der Mensch heute begabter ist, als er gestern sein durfte (vgl. Heydorn 1979). Der Mensch ist damit genau so begabt, wie es das Bildungssystem zulässt. Das Rekurren auf Begabungsdifferenzen – das gilt sowohl für Hochbegabung wie auch für die besonderen Bedürfnisse von Kindern und Jugendlichen in sonderpädagogischen Massnahmen – verweist auf eine bildungspolitische Krise respektive auf einen Legitimitätsnotstand innerhalb des Bildungssystems. Mit dem Begriff der Hochbegabung tritt im Laufe der 90er-Jahre eine Begrifflichkeit auf, mit der bildungspolitisch zusehends die Sorge um die herausragenden Talente zum Ausdruck kommt, die sich nicht «entfalten» könnten. Begabung als nicht erwerbbarer Faktor delegitimiert die durch die Schule vollzogenen Leistungsqualifikationen. Durch das Zurückgreifen auf sogenannte natürliche Differenzen findet eine Individualisierung sozialer Privilegien statt. Damit hat eine Entdemokratisierung der Volksschule im Sinne ihres Auftrages



Tobias Studer

ist wissenschaftlicher Assistent am Pädagogischen Institut der Uni Zürich im Fachbereich Sozialpädagogik. Er forscht in den Bereichen Jugend und Devianz, Pflegekinder, Bildung und Sozialpädagogik.



Margot Vogel

ist Berufsschullehrerin mit Fachbereich Mensch und Entwicklung. Ihre Forschungsschwerpunkte sind die Bereiche Rechtsextremismus, Gewalt und Jugend.

«Bildung für alle» ihren Ausgang an der systematischen Entwertung der untersten Bildungsstufen, welche es möglichst zu umgehen gilt. Die Ideologie der Begabung liefert Legitimationen zur Umgehung dieser Bildungsstufen mittels des erleichterten Zugangs zu Privatschulen und Schulen für Kinder mit besonderen Talenten.

Strukturelle Verortung der Gewalt Jugendlicher an Volksschulen

Die Auseinandersetzung mit Fragen der Jugendgewalt und insbesondere der Gewalt an Schulen hat in den letzten Jahren in den Medien wie den Sozialwissenschaften stark zugenommen. Pädagogische Untersuchungen unterliegen häufig der Schwierigkeit – und dies insbesondere im Bereich der physischen Gewalt – eines moralisch bewertenden Zugangs zum Phänomen. Es wird danach gefragt, wieso Gewalt an den Schulen zugenommen hat. Man geht also bereits im Vorfeld der wissenschaftlichen Analyse davon aus, dass Schule im Gegensatz zu gesellschaftlicher Wirklichkeit ein gewaltfreier Ort ist bzw. Gewalt abnorm ist, und verschliesst sich somit eine mögliche Erkenntnis, inwiefern die beobachtete Gewalt im Kontext der Schule strukturell bedingt ist. Die Frage müsste überspitzt vielmehr heißen, wieso es auf dem Pausenplatz nicht mehr Gewalt gibt.

Im Hinblick auf das Thema Gewalttätigkeit an Schulen bedeutet dies, dass eine Analyse die Bildungsinstitution und deren Verankerung im gesamtgesellschaftlichen Zusammenhang mitberücksichtigen muss. In verschiedenen Studien wird darauf hingewiesen, «dass Gewalt an Schulen nicht alle Schularten gleichermassen betrifft» (Lamnek 1999). So zeigt sich in Deutschland, dass im Allgemeinen in Hauptschulen insbesondere auch physische Gewalt häufiger vorkommt und an Gymnasien am wenigsten Gewalt festzustellen ist. Ursachenmodelle für jugendliche Gewalttaten beschreiben häufig die Bedeutung von Gewalt begünstigenden Sozialisationsbedingungen wie bspw. familiäres Aufwachsen und Erziehungsstile (vgl. dazu Böttger 1999, Suterlüty 2003). Wird abweichendes Verhalten als Produkt der Sozialstruktur verstanden, so lautet die Frage, unter welchen sozialstrukturellen Bedingungen sich Mitglieder bestimmter Schulstufen vermehrt abweichend verhalten. Es wird davon ausgegangen, dass die Mitglieder



URS MORI, 39

Meine Lieblingsband: Züriwest | Privat lese ich gerade: Tageszeitung | Meine Studienrichtung: Sozialarbeit | Weshalb? Berufliche Neuausrichtung, vom Technischen zum Sozialen | Mein Job in 10 Jahren: betriebliche Sozialarbeit. Ich möchte die Soziale Arbeit in die technische Berufswelt «integrieren»

einer bestimmten Schulstufe ganz normal auf die soziale Situation reagieren, in der sie sich befinden (vgl. Merton 1968). Bestimmte Verstöße werden von Merton als ganz «normale» Reaktion auf eine Situation gedeutet, in der die kulturelle Betonung des wirtschaftlichen Erfolgs

Sozialpädagogik als Profession muss gesellschaftliche Ursachen individueller Problemlagen in die Deutung miteinbeziehen

übernommen wird, während der Zugang zu konventionellen und legitimen Wegen kaum gegeben ist. Tiefere Bildungsabschlüsse schränken zukünftige berufliche Chancen und ökonomischen Status ein. Anerkennen Jugendliche mit tieferen Bildungsabschlüssen die kulturell vorgege-

benen Ziele wie materiellen Wohlstand, berufliche Anerkennung und Status, während für sie aber die Mittel zum Erreichen dieser Ziele eingeschränkt sind, besteht die Möglichkeit, über illegitime Mittel diese Ziele anzustreben. Gewalttätiges Handeln kann in diesem Sinne als möglicher Weg beschrieben werden. Oder anders ausgedrückt: Wenn gesellschaftliches Prestige nicht über Kriterien wie Bildung und Reichtum erreicht werden kann, eröffnet die Betonung von Männlichkeit, im Sinne von überlegener Männlichkeit, Mut, Ausdauer und Härte, die Möglichkeit, gesellschaftliches Prestige, nämlich Zugehörigkeit zur sozialen Kategorie der Männer, zu erwerben (vgl. Heintz 1962).

Fazit

Der Sozialpädagogik als Profession und Disziplin obliegt die Aufgabe, die gesellschaftlichen Verursachungszusammenhänge individueller Problemlagen in die Deutung einzubeziehen und zu analysieren. Sie stellt die Frage nach gesellschaftlichen Normen und nach Vorstellungen von Normalität; sie ist damit eng mit der Gerechtigkeitsfrage verknüpft und muss sich immer wieder von neuem die Frage stellen, «welche Normen in näherer Zukunft gelten und welche ihrer Mittel dann noch legitimierbar sein werden: sie wird damit gegen die eigene etablierte Praxis kritisch» (Graf 1996). Um gegenwärtigen Transformationen im Bildungssystem angemessen auf die Spur zu kommen, ist es Aufgabe der Sozialen Arbeit, bildungssoziologische Perspektiven in die Analyse miteinzubeziehen.

Literatur

- Bateson, Gregory (1981): Ökologie des Geistes. Anthropologische, psychologische, biologische und epistemologische Perspektiven. Frankfurt/M.
- Böttger, Andreas (1999): «Die ganze Schule hatte Angst gehabt ...» Ergebnisse eines qualitativen Forschungsprojekts zu gewalttätigen Jugendgruppen. In: Böttger, Andreas (Hrsg.): Jugendgewalt – und kein Ende? Hintergründe – Perspektiven – Gegenstrategien. Hannover, S. 47–66.
- Erdheim, Mario (1982): Die gesellschaftliche Produktion von Unbewusstheit. Eine Einführung in den ethnopschoanalytischen Prozess. Frankfurt/M.
- Graf, Erich O./ Graf, Martin A. (1997): Der Angriff der Bildungselite auf die Volksbildung. Widerspruch, Heft 33, S. 23–37.
- Graf, Martin A./Lamprecht, Markus (1991): Der Beitrag des Bildungssystems zur Konstruktion von sozialer Ungleichheit. In: Bornschie, Volker: Das Ende der sozialen Schichtung. Zürich, S. 73–96.
- Graf, Martin A.: Mündigkeit und soziale Anerkennung. Gesellschafts- und bildungstheoretische Begründungen sozialpädagogischen Handelns. Juventa, Weinheim 1996.
- Grossenbacher, Silvia/Vögeli, Urs (2007): Begabungsförderung – kein Tabu mehr. In: Bildung Schweiz, Heft 12, S. 22–23.
- Heintz, Peter (1962): Einführung in die soziologische Theorie. Stuttgart.
- Heydorn, Heinz-Joachim (1979): Über den Widerspruch von Bildung und Herrschaft. Bildungstheoretische Schriften, Band 2. Frankfurt/M.
- Lamnek, Siegfried (1999): Gewalttätige Schüler 1994–1999. In: Böttger, Andreas (Hrsg.): Jugendgewalt – und kein Ende? Hintergründe – Perspektiven – Gegenstrategien. Hannover, S. 17–46.
- Merton, Robert K. (1968): Sozialstruktur und Anomie. In: Sack, Fritz/König, René (Hrsg.): Kriminalsoziologie. Frankfurt /M., S. 283–313.
- Sutterlüty, Ferdinand (2003): Gewaltkarrieren. Jugendliche im Kreislauf von Gewalt und Missachtung. 2. Aufl. Frankfurt/New York.

Autonomie und Lebensqualität erhalten

Text: Hans Peter Graf

Wohnen im Alter – ein neuer Aufgabenbereich für die Sozialberatung

Die Veränderung der demografischen Struktur unserer Gesellschaft und die wachsende Langlebigkeit, vorwiegend bei guter Gesundheit, stellen die Alterspolitik vor neue Herausforderungen – eröffnen aber auch neue Chancen. Zusätzlich zum heute vorwiegend kompensatorischen Ansatz der Altersvorsorge sowie zu der sozialen und pflegerischen Unterstützung der Hilfsbedürftigen könnte eine präventiv ausgerichtete Sozialberatung den Älteren die Möglichkeit geben, möglichst lange autonom zu bleiben.

Ältere Menschen sollen die Chance erhalten, ihr Leben aktiv in dem von ihnen erwünschten Rahmen so zu gestalten, dass der Zeitpunkt bzw. das Ausmass der Inanspruchnahme von Hilfeleistungen hinausgeschoben bzw. minimiert werden kann. Dies erhöht die Lebensqualität der betroffenen Älteren, erlaubt ihnen, für ihre Familie und ihre Freunde, ihre Nachbarn, ihr Wohnquartier und die gesamte Gesellschaft eine Ressource zu sein: eine wohl bedeutsame Perspektive, nicht nur für die in naher Zukunft aus dem Berufsleben ausscheidende «Baby-boomer»- bzw. «68er»-Generation.

Selbstständigkeit in den eigenen vier Wänden

Der Wohnsituation kommt dabei eine ganz entscheidende Rolle zu. Es ist eine zentrale Aufgabe, Wohnbedingungen, Wohnmilieus und Wohnformen zu finden, die es älteren Menschen ermöglichen, weiterhin selbstständig im eigenen Haushalt zu wohnen. Dabei ist darauf zu achten,

- Altersdefiziten sowie Behinderungen entgegenzuwirken oder sie auszugleichen,
- Unfallgefahren vorzubeugen,
- Vereinsamungsrisiken entgegenzusteuern,
- die älteren MitbürgerInnen anzuregen, ihre Schaffenskraft weiterhin zugunsten der verschiedenen Generationen einzusetzen.

Über bauliche Vorkehrungen hinaus sollten deshalb die Informationen und die individuelle Beratung, u.a. im Rahmen der Sozialarbeit mit Älteren, auch das Wohnen im Alter einschliessen: Welche Szenarien sind wünschbar und möglich, welche Anpassungen und Vorkehrungen notwendig?

Im Gegensatz zur vorbildlichen Praxis z.B. in England ist eine professionelle Wohnberatung und -information in der Schweiz bis jetzt die Ausnahme. Für die Älteren, auch in der französischen Schweiz, hat die Frage des altersgerechten Wohnens eine grosse Bedeutung. So hat in Genf eine Projektgruppe «Habitats Seniors» der Genfer Dachorganisation der Altersvereinigungen eine Reihe Empfehlungen für altersgerechtes Wohnen ausgearbeitet (www.ge.pro-senectute.ch). Ausgehend von diesen Genfer Empfehlungen und den Ansätzen zu ihrer Umsetzung zeigt der Beitrag die Problematik sowie mögliche Lösungsansätze auch für andere Orte auf – als Antwort auf die demografischen Herausforderungen von heute und morgen.

**Hans Peter Graf**

engagiert sich – nach langen Jahren als Sekretär der Genfer Handelskammer – seit zwei Jahren in der Alterspolitik, u.a. als Mitarbeiter des Programms «Bien Vieillir» an der Uni Genf sowie als Leiter der Projektgruppe «Habitats Seniors» der Genfer «Plate-forme des associations d'aînés».

Heute lebt in Genf wie anderswo in der Schweiz die grosse Mehrheit der Älteren bis ins hohe Alter selbstständig ohne Unterstützung zu Hause. Nur eine Minderheit (gesamtschweizerisch rund 20% der über 80-Jährigen) wohnt im Heim, allerdings mit einem beträchtlichen Ost-West-Gefälle. In der Ostschweiz ist der Anteil an HeimbewohnerInnen in Altersheimen als Institutionen gemeinschaftlichen Lebens im Alter hoch, in der Westschweiz hingegen mit den ausschliesslich medikalisierten Pflegeheimen (EMS = Etablissements médico-sociaux) eher niedrig.

Die demografische Entwicklung erfordert bei der Aufrechterhaltung des heutigen Heimanteils der Hochbetagten allerdings eine Verdoppelung des Heimplatzangebots bis 2040. Dementsprechend haben die Kantone die pflegerische, hauswirtschaftliche und soziale Unterstützung für das Altern zu Hause stark ausgebaut, diesmal mit einem West-Ost-Gefälle. Der Anteil an SpitexbezogenerInnen ist in der Westschweiz erheblich höher.

Auf dem Weg zu einer präventiven, professionellen Beratung

In allen Landesteilen bleiben die eingangs erwähnten Bedingungen altersverträglichen Wohnens bis heute weitgehend unbeachtet. Eine präventive professionelle Beratung diesbezüglich wie auch die erforderlichen baulichen Anpassungen erfolgen nur in Ausnahmefällen. Dies, obwohl gemäss Wohnumfrage der Age Stiftung 2003 rund 51% der älteren Frauen und Männer ihre Wohnung bei grösseren Behinderungen als ungeeignet betrachten!

Dem begrenzten Angebot an Beratung entspricht auch die Zurückhaltung vonseiten der HausbesitzerInnen. Niemand will die – teilweise nur vermeintlich – aufwendigen Anpassungen finanzieren. Auch vonseiten der Älteren bleibt – trotz steigender Tendenz – die Nachfrage vorerst noch begrenzt, weil das Ansprechen der Wohnfrage ja einem Eingeständnis gleichkäme, dass man «alt und gebrechlich» wird.

Präventive Beratung, Ratsuche und Anpassungen bleiben also die Ausnahme. Das Thema Wohnen wird meist erst dann angesprochen, wenn es nicht mehr geht, d. h. in Notfallsituationen z. B. beim Austritt aus dem Spital. Auch das jüngst wachsende Interesse in den Medien für

neue Wohnformen als Alternative zum Heimeintritt beschränkt sich bisher weitgehend auf gemeinschaftliches Wohnen, das aber auch heute nur von einer kleinen Minderheit der Älteren in Betracht gezogen wird.

Hinsichtlich der Wohnberatung und allfälliger Wohnanpassungen kann die Schweiz von ausländischen Vorbildern lernen, z. B. von den durch den britischen Elderly Accommodation Counsel (<http://www.eac.org.uk>) entwickelten Informationsmitteln, etwa dem Housing option

Professionelle Wohnberatung ist in der Schweiz praktisch inexistent

appraisal tool (HOOP) (www.housing-care.org).

Auch die ungefähr 250 Wohnberatungsstellen in Deutschland mit ihrem weiten Aufgabenkreis verdienen Nachahmung in der Schweiz. Zu ihren zentralen Aufgaben gehören:

- Analyse der Wohnsituation und das Finden von individuell angemessenen Lösungsmöglichkeiten, gegebenenfalls auch von Wohnalternativen;
- Gewährleistung von praktischen Hilfen, Begleitung und organisatorische Unterstützung bei der Planung und Durchführung von Anpassungsmassnahmen;
- Aufbau eines Netzes der Wohnungsanpassung und Koordination der daran beteiligten Personen und Institutionen;
- Öffentlichkeitsarbeit, um alle Beteiligten zu erreichen und auch eine breitere Öffentlichkeit für selbstständiges Wohnen im Alter oder bei Behinderungen zu sensibilisieren.

So praktizierte Wohnberatung und Wohnanpassungen erlauben es den Älteren, verlängert autonom zu Hause zu wohnen. Ergebnisse aus Nordrhein-Westfalen zeigen, dass aufgrund der beschriebenen Massnahmen bei 17% der Beratenden ein Pflegeheimzugang vermieden werden konnte.

Auch in der Schweiz gibt es erste Ansätze von Interesse, vor allem

- die Informationsstelle «Wohnen im Alter» (WiA) der Stadt Zürich (www.stadt-zuerich.ch/wohnenimalter);
- die Pro Senectute mit dem leider nicht weitergeführten Pilotversuch 2004–2006 einer Fachstelle für Wohnraumbearbeitung und Wohnraumanpassung der Pro Senectute Kanton Zürich, dem Inter-

netportal www.wohnform50plus.ch und den individuellen Sozialberatungen, die das Thema Wohnen prominent positioniert und in gut einem Viertel der Beratungen angesprochen haben.¹

Der relative Rückstand der meisten offiziellen Sozialinstitutionen eröffnet auch ein Spielfeld für exemplarische private Initiativen, so z. B.

- die Aktivitäten der im Jahr 2000 gegründeten Age Stiftung zur Förderung guten Wohnens im Alter in der deutschen Schweiz (www.age-stiftung.ch);²
- die äusserst informative Homepage zum Thema Wohnen des Senioren- und Seniorinnenrats der Region Baden (<http://www.srrb.ch/wohnen>) und
- die Veröffentlichung eines Ratgebers für selbstbestimmtes Wohnen durch die Zeitschrift «Der Beobachter».³

Fussnoten

¹ Über die oben erwähnten Websites hinaus u. a.: www.wohnenimalter.blogspot.com; Kommunikationsplattform der Seniorweb-Projektgruppe «Wohnen im Alter» zur Sammlung und Diskussion von Ideen, Daten, Projektbeispielen usw.; www.wohnenimalter.ch/www.altersgerecht.info; Websites von Felix Bohn, Fachberatung für altersgerechtes Bauen, dipl. Architekt, Gerontologe INAG, dipl. Ergotherapeut, Verantwortlicher für den Fachbereich Altersgerechtes Bauen bei der Schweizerischen Fachstelle für behindertengerechtes Bauen; www.wohnform50plus.ch; eine Dienstleistung der Pro Senectute; www.wohnforum.arch.ethz.ch; Website des ETH Wohnforums.

² Siehe u. a. Höpflinger, François (2004). *Age Report 2004. Traditionelles und neues Wohnen im Alter*. Zürich: Seismo Verlag/Age Stiftung. Die Studie basiert auf einer repräsentativen Befragung von in der deutschsprachigen Schweiz wohnhaften Menschen über 60 zu ihren Wohnverhältnissen und Wohnwünschen.

³ Stähli Haas Kathrin, (2006). *Wohnen im Alter – so fühlen Sie sich wohl. Privathaushalt, Heim und neue Wohnformen*. Zürich: Beobachter Buchverlag.

Literaturhinweise

Andreas Huber (Hrsg.)_Neues Wohnen in der zweiten Lebenshälfte_ Edition WOHNEN 2, herausgegeben vom ETH Wohnforum – CCSA. 224 Seiten.

Eine Kopie des am Kongress verteilten Hand-outs (40 Diapositive, 10 Seiten) ist beim Autor, graf-junod@bluewin.ch, als PDF-file erhältlich.

Die radikale Neukonzeption der vier verknüpften Lebensbereiche

Text: Frigga Haug

Eine utopisch-visionäre Sozialtheorie von Gesellschaft

Die «Vier-in-einem-Perspektive» zielt auf eine grundlegende Veränderung der heute gängigen Arbeitsteilung. Es geht um die Abwendung von falschen politischen Vorstellungen und hin zu einer Verknüpfung der vier zentralen Bereiche menschlicher Tätigkeit: Erwerbsarbeit, Reproduktionsarbeit, Entwicklungschancen und politische Einmischung. Die «Vier-in-einem-Perspektive» ist utopisch-visionär und gleichzeitig ein emanzipatorischer Kompass für die Erreichung politischer Nahziele.

Gegen das Gerede, dass wir zu wenig Arbeit haben und also alle Politik darangehen sollte, neue Arbeit zu schaffen, können wir wohl die Augen aufmachen und erkennen, dass wir umgekehrt zu viel davon haben. Allenthalben umstellt von Aufforderungen zu gesellschaftlich nützlicher Arbeit, die getan sein will, geht es uns gemeinhin wie den beiden Mädchen im Märchen von der Frau Holle, die in den Brunnen gefallen waren. Wir erinnern uns, das Brot schrie aus dem Backofen, dass es herausgeholt werden müsse, um nicht zu verbrennen, der Baum voller Äpfel bat, geschüttelt, zu werden,



Frigga Haug

war bis 2001 Professorin für Soziologie an der Hamburger Universität für Wirtschaft und Politik. Ihre Hauptarbeitsgebiete: Arbeit und Automation, Frauen-Vergesellschaftung und -Politik; sozialwissenschaftliche Methoden; Lernen. Politisches Engagement u.a. im Sozialistischen Deutschen Studentenbund, in der Antiatom- und der Frauenbewegung. Mitbegründerin der Berliner Volksuni; Mitglied bei einer Reihe linker Initiativen und Zeitschriften.

damit die reifen Äpfel geerntet würden, kurz, die Dinge hatten sich beseelt und mit Stimmen ausgestattet, die um Erledigung lebensnotwendiger Arbeit riefen. Schliesslich kam noch die Frau Holle selbst und bat das Mädchen, alle Arbeit im Haus zu tun und die Kissen so zu schütteln, dass es auf der Erde schneie. Dies waren natürlich alles sogenannte Reproduktionsarbeiten, also aus dem eher unwichtigen, wenn auch um das Schneien erweiterten häuslichen Sektor – nicht diejenigen, von denen wir sprechen, wenn es um zu wenig Arbeit geht. Gegen solches Denken und Fühlen und auch nachfolgendes politisches Handeln habe ich als eine Art Schlüssel und politischen Kompass ausgearbeitet, was ich die «Vier-in-einem-Perspektive» nenne. Sie ist utopisch-visionäre Perspektive und kann zugleich Realpolitik heute anleiten.

Vier Bereiche menschlicher Tätigkeit

Der Entwurf zielt auf eine grundlegende Veränderung von Arbeitsteilung. Es geht um eine Verknüpfung der, grob gesprochen, vier Bereiche menschlicher Tätigkeit: Erwerbsarbeit, Reproduktionsarbeit, Entwicklungschancen und politische Einmischung. Ich gehe im Folgenden die vier Bereiche mehrfach ab, sowohl um sie selbstverständlich wichtig werden zu lassen, wie um ihre Grenzüberschreitungen als Grundlage ihrer Verknüpfung deutlich werden zu lassen. Beim ersten Bereich geht es um die Arbeit an den notwendigen Lebensmitteln in der Form der Erwerbsarbeit; beim zweiten um die Arbeit an sich selbst und an anderen Menschen, nicht nur um Kinderversorgung und auch nicht nur um Hausarbeit. Es muss, gerade weil es in den gewohnten Entwürfen gemeinhin untergeht, hier sogleich ausführlicher beschrieben werden.

Es geht nämlich in diesem Bereich um das, was wir als das Menschliche an

Menschen zu nennen gewohnt sind und was Marx dazu brachte, mit Charles Fourier zu erkennen, dass «der Grad der weiblichen Emanzipation das natürliche Mass der allgemeinen Emanzipation» sei (Marx & Engels 1986, 2, S. 208), weil «hier im Verhältnis des Weibes zum Mann, des Schwachen zum Starken, der Sieg der menschlichen Natur über die Brutalität am evidentesten erscheint» (ebd.). Wenn auch die Schwächeren in gleichem Masse wachsen können, zeigt sich das wahrhaft Menschliche, wozu

Der Grad der weiblichen Emanzipation ist das natürliche Mass der allgemeinen Emanzipation

auch die Liebe gehört; oder noch einmal in Marx' Worten (Pariser Manuskripte 1844): es entscheidet sich am «Verhältnis des Mannes zum Weibe [...] inwieweit das Bedürfnis des Menschen zum menschlichen Bedürfnis [...] geworden ist, inwieweit er in seinem individuellen Dasein zugleich Gemeinwesen ist» (Marx & Engels 1986, 40, S. 535).

Es geht darum, die schlummernden Anlagen zu entwickeln, sich lebenslang lernend zu entfalten, das Leben nicht bloss als Konsument zu verbrauchen, sondern tätig zu geniessen, und damit auch eine andere Vorstellung vom guten Leben entwerfen zu können. Und schliesslich geht es übergreifend darum, dass wir auch Zeit brauchen, in die Gestaltung von Gesellschaft einzugreifen, also uns alle politisch zu betätigen.

- Das Erste, die Politik um Arbeit, ihre Qualität, Dauer, Zeit, Entlohnung, kann auf Erfahrung bauen in den zur Lohnarbeit gehörenden Bewegungen.
- Das Zweite, die Frage der Arbeit am Nachwuchs, aber auch an allen anderen, und an sich selbst, also derjenigen, die gemeinhin Reproduktionsarbeit genannt wird, bündelt Patriarchatskritik,

indem es diesen Raum menschlicher Entfaltung für alle Geschlechter erstreitet.

- Das Dritte, die Zeit, die für eigene Entwicklung gebraucht wird, stösst an die Politik des Zeitregimes in unserer Lebensweise, in die wir uns daher
- als Viertes einmischen und wo wir das Stellvertretermodell in der Politik in seine Schranken weisen müssen.

So sieht der Umriss eines von Frauen formulierbaren umfassenderen Begriffs von Gerechtigkeit aus, der seinen Ausgang nimmt bei der Arbeitsteilung und der damit verbundenen Zeitverausgabung. Gehen wir davon aus, dass jeder Mensch etwa 16 Stunden am Tag in die so umfassend gedachte gesellschaftliche Gesamtarbeit einbringen kann, so wird sogleich offenbar, dass das Gerede von einer Krise, weil uns die Arbeit ausgehe, von einem äusserst restriktiven Arbeitsbegriff ausgeht und daran festhalten will, koste es, was es wolle. Vom Standpunkt des gesamten Lebens und seiner menschlichen Führung aus betrachtet, sieht die Sache radikal anders aus.

Politik um Arbeit

In der Politik um Arbeit muss die notwendige Verkürzung der Erwerbsarbeitszeit für alle auf ein Viertel der aktiv zu nutzenden Zeit, also auf vier Stunden, Leitlinie werden – perspektivisch erledigen sich auf diese Weise Probleme von Arbeitslosigkeit (wir haben dann weniger Menschen als Arbeitsplätze) mitsamt Prekariat und Leiharbeit –, so gesprochen gehen alle einer Teilzeitarbeit nach, bzw. der Begriff hat aufgehört, etwas sinnvoll zu bezeichnen, und wir können uns konzentrieren auf die Qualität der Arbeit, ihre Angemessenheit an die Verausgabung der menschlichen Fähigkeiten.

Es versteht sich von selbst, dass alle Einzelnen über ein ausreichendes Einkommen zum Leben verfügen und dass sie ebenso in jedem der vier Bereiche sich betätigen: in der Erwerbsarbeit, in der Sorgearbeit um sich und andere, in der Entfaltung der in ihnen schlummernden Fähigkeiten, schliesslich im politisch-gesellschaftlichen Engagement. Probeweise kann man dies auch so ausdrücken, dass jeder Mensch in die Lage versetzt wird, sein Leben so einzurichten, dass er oder sie je vier Stunden pro Tag in jedem dieser Bereiche verbringt. Das ist nicht dogmatisch zu verstehen, als ob man mit der



SALOMÉ STAUB, 23

Meine Lieblingsband: entdecke immer wieder neue | Privat lese ich gerade: momentan zu viele Bücher entdeckt | Meine Studienrichtung: Soziokulturelle Animation | Weshalb? Um für das Entdecken vorbereitet zu sein | Mein Job in zehn Jahren: irgendwo auf der Welt am Entdecken

Stechuhr in der Hand von Bereich zu Bereich gehen müsste, in keinem mehr genügend zu Hause. Vielmehr wird man, sobald man anfängt, die eigene Lebensführung unter diesen Dimensionen zu fassen, schnell bemerken, dass die Grenzen nicht fest sind, die Bereiche einander durchdringen und innerlich zusammenhängen. Die Aufteilung in vier mal vier Stunden ist so ein Modell, das wie ein Kompass Strategien der Veränderung entscheidend orientieren kann.

Die tägliche Erwerbsarbeitszeit sollte für alle auf vier Stunden verkürzt werden

Für die Reproduktions-Familienarbeit bedeutet dies zuallererst eine Verallgemeinerung. So wie niemand aus der Erwerbsarbeit ausgeschlossen sein kann, so auch nicht aus der Reproduktionsarbeit – alle Menschen, Männer wie Frauen, können und sollen hier ihre sozialen menschlichen Fähigkeiten entwickeln. Das erle-

digt den Streit ums Erziehungsgeld, ohne die Qualität der Arbeit, die hier geleistet wird, abzuwerten; ja im Gegenteil, jetzt erst, in der Verallgemeinerung, statt in der alleinigen Zuweisung an Frauen und Mütter, kann der allgemeine Anspruch verwirklicht werden, dass diese Arbeit qualifizierte Arbeit ist und also erlernt werden muss wie andere Arbeit auch. – Die vielen Meldungen über misshandelte und verwaarloste Kinder legen hier ein beredtes Zeugnis ab.

In der Frage individueller Entwicklung geht es um die Möglichkeit, von Anfang an, unabhängig von Geschlecht, Klasse und Hautfarbe, die den Menschen eigenen vielfältigen Möglichkeiten zu ergreifen – ein Prozess, der lebenslang anhält. Oder anders: Es sollte nicht mehr hingenommen werden, dass die einen so und so viele Sprachen sprechen, musizieren, dichten, tanzen, malen und reisend wie Goethe sich weiter vervollkommen, während andere froh sein müssen, wenn sie überhaupt lesen und schreiben können.

Unser Politikanspruch läuft darauf hinaus, dass Gesellschaft zu gestalten keine arbeitsteilige Spezialität sein soll, wobei die einen die Politik machen, während die anderen, und das ist die übergrosse Mehrzahl, deren Folgen ausbaden. Vorbildlich können hier für uns die Frauen der Zapatistas in Mexiko sein. Sie, als die Ärmsten der Armen, bestanden wie selbstverständlich darauf, dass nicht, wie eine liberale Uno-Politik vorschlug, «der umstandsloslose Schutz der Indigenakultur eine Forderung der Frauen sein kann, weil in ihr Gewalt gegen Frauen eingeschrieben ist, sondern Frauen das Recht der praktischen Teilhabe an allen politischen Entscheidungen brauchen, und

Die politische Kunst liegt in der Verknüpfung der vier Lebensbereiche

dort alle Sitten zurückweisen können, die ihre physische oder geistige Würde verletzen. Dafür verlangen sie: die Hälfte der Stimmen in allen politischen Entscheidungsgremien. Das betrifft auch das Gesundheitswesen, medizinische Kompetenz für alle, Mitentscheidung in den Schulen, bei der Auswahl der Lehrer, bei der Qualität der Produktionsstätten, beim Ausbau der Infrastruktur, das Wissen um Empfängnisverhütung und den allgemeinen Zugang zu Informationen und Lernen. Ihr Ziel ist: Gewalt aus dem Alltag zu verbannen.» (Mesa de Derechos Y Cultura Indigena. Grupo 4, 1995, S. 801–806)

Man könnte jetzt darangehen, die vier Bereiche Erwerbsarbeit, Reproduktionsarbeit, politische Arbeit und individuelle Entwicklung je für sich zu verfolgen und dies wiederum wie eine Arbeitsteilung zu handhaben, bei der einzelne Gruppen, Parteien oder gar Strömungen in den Parteien je einen isolierten Bereich als ihr Markenzeichen besetzen.

Klassenbewusst eine Arbeiterpolitik betreibend die einen, die für Erwerbstätige greifen kann; oder die anderen eine Perspektive aus der Vergangenheit, eine Utopie für Mütter nach rückwärts hervorsuchend, die uns Frauen lebendigen Leibes ans Kreuz der Geschichte nagelt, wie Bloch dies ausdrückt (Bloch 1978, S. 295); auf Entwicklung einer Elite setzend die Dritten, einer Elite, die olympiareif zeigt, was menschliche Fähigkeiten sein können; partizipative Politikmodelle in unwesentlichen Bereichen verfolgend die Vierten, etwa das Fernsehen zu einer

Modellanstalt von Zuschauerwünschen machen, die Belegschaft an der Gestaltung des Weihnachtsfestes beteiligen, die Bevölkerung an der Mülltrennung usw.

In allen Fällen wird man erfahren, dass jeder Bereich, für sich zum Fokus von Politik gemacht, geradezu reaktionär werden kann.

Konkrete Utopie

Die politische Kunst liegt in der Verknüpfung der vier Bereiche. Keiner sollte ohne die anderen verfolgt werden, was eine Politik und zugleich eine Lebensgestaltung anzielt, die zu leben umfassend wäre, lebendig, sinnvoll, eingreifend und lustvoll geniessend. Dies ist kein Nahziel, nicht heute und hier durchsetzbar, doch kann es als Kompass dienen für die Bestimmung von Nahzielen in der Politik, als Massstab für unsere Forderungen, als Basis unserer Kritik, als Hoffnung, als konkrete Utopie, die alle Menschen einbezieht und in der endlich die Entwicklung jedes Einzelnen zur Voraussetzung für die Entwicklung aller werden kann.

Das verbietet einseitige Lösungen wie die, um Mutter und Kind zu streiten, zeigt aber ihr Recht im Gesamten; es löst die Arbeitslosigkeitsfrage durch rigorose Verkürzung der Erwerbsarbeit für alle – was heute ökonomisch möglich ist. Es löst die Fragen der Vereinbarkeit von Beruf und Familie, von einseitiger Arbeitsteilung und plant vor allem die politische Einmischung als Menschenrecht ebenso wie die Entwicklung aller menschlichen Möglichkeiten.

Die vier Politiken zusammengenommen ergeben eine andere Vorstellung und Forderung von Gerechtigkeit. Von dieser aus stellen sich fast alle brennenden Fragen neu und anders.¹

Ausblick

Man sieht, der Entwurf verlangt eine Verlängerung des tätigen Lebens auf etwa 16 Stunden am Tag und damit zugleich eine rigorose Verkürzung des Erwerbstages auf etwa vier Stunden, um den anderen Dimensionen, die zum lebendigen Menschen gehören, Raum zu erstreiten. Perspektivisch kann so keiner arbeitslos sein, Haus- und Reproduktionsarbeit gehören zu jedem Leben wie die politische Einmischung, die Entfaltung möglicher Fähigkeiten und das lebenslange Lernen als lustvolle Verwirklichung des Menschseins. Dies ermöglicht zugleich, die Be-

reiche nicht gegeneinander auszuspielen, keinen für sich zu lösen, sondern solche Ein-Punkt-Vorstellungen selbst als reaktionär und dumm zu begreifen.

Es ist nicht der Sinn, schematisch jeden auf ein Viertel zu denken, sondern die Verknüpfung der Bereiche als notwendige Grundlage einer emanzipatorischen Politik zu fassen.

In dieser Vier-in-einem-Perspektive tauchen die Frauen anders auf als gewöhnlich, nicht als eine Masse von zu kurz Gekommenen, nicht als Jammerchor, sondern diesmal an Schlüsselstellen. Die Perspektive kann derzeit vom Frauenstandpunkt aus gesprochen werden, weil sie es sind, die den Reproduktionsbereich, also den Standpunkt des Lebens, so wichtig nehmen, dass sie ihn nicht vergessen können bei der Planung des Lebens; sie sind es zugleich, die den Erwerbsarbeitsbereich nicht so wichtig nehmen, dass sie ihn allein für das Zentrum halten können; es ist dringlich, dass sie mit der Selbstaufopferung aufhören und ihre eigene Entfaltung in eigne Hände nehmen; sie müssen sich in die Politik einmischen, weil sie für die Gestaltung ihres Lebens und jenes anderer den Staat von oben nach unten umkehren müssen – wie Brecht dies sprach. |

Fussnote

¹ Ich habe das Modell der Vier-in-einem-Perspektive für die Tagung des «Frauenaufbruchs der Linken in Esslingen», November 2007, ausgearbeitet und mit den fundierenden Texten aus 30 Jahren frauenpolitischer wissenschaftlicher Arbeit zusammengestellt zu einem Buch, das im Februar 2008 im Argument-Verlag unter dem Titel «Die Vier-in-einem-Perspektive. Politik von Frauen für eine neue Linke» erschienen ist.

Literatur

Haug, Frigga (2008). Die Vier-in-einem-Perspektive. Politik von Frauen für eine neue Linke. Hamburg: Argument-Verlag.

Bloch, Ernst (1978). Tendenz, Latenz, Utopie. Ergänzungsband zur Gesamtausgabe. Frankfurt: Suhrkamp. Luxemburg, Rosa (1988). Gesammelte Werke, Band 4. Berlin: Dietz Verlag.

Marx, Karl & Engels, Friedrich (1986). Werke. 43 Bände. Berlin: Dietz Verlag.

Mesa de Derechos Y Cultura Indigena. Grupo 4 (1995). La Mujer Indigena. In: Haug, Frigga. Frauen von Chiapas. Das Argument 21. Hamburg: Argument-Verlag.

«Wir möchten zur Professionalisierung der Sozialen Arbeit beitragen»

Interview: Petra Benz, Martin Imoberdorf,
Daniel Iseli

Interview mit Annegret Wigger und Jürgen StremLOW, Vorstandsmitglieder der SGSA

Hinter dem Kongress «Transformation des Sozialen – wohin entwickelt sich die Soziale Arbeit?» stand die Schweizerische Gesellschaft für Soziale Arbeit SGSA. Ihr Anliegen: Die Soziale Arbeit als Wissenschaft weiterzuentwickeln. SozialAktuell befragte zwei Vorstandsmitglieder über Ziele, Nutzen und Perspektiven der SGSA.

SozialAktuell: Die Schweizerische Gesellschaft für Soziale Arbeit (SGSA) feierte anlässlich des Kongresses «Transformation des Sozialen» ihr zweijähriges Bestehen. Als Mitglieder des Vorstands der SGSA können Sie uns gewiss sagen, welches die Anliegen der Gesellschaft sind.

Annegret Wigger, Jürgen StremLOW: Das Hauptziel der SGSA ist – so steht es in den Statuten –, die Wissenschaft der Sozialen Arbeit zu fördern. Ich denke, es geht dabei in erster Linie darum, einen Beitrag zur Professionalisierung der Sozialen Arbeit zu leisten. Der Vorstand teilt die Überzeugung, dass die wissenschaftliche Auseinandersetzung mit der beruflichen Praxis der Sozialarbeit, der Sozialpädagogik und der Soziokulturellen Animation bedeutsam für deren Weiterentwicklung sein kann und dass sie deshalb gefördert werden sollte. Und wie das für die Wissenschaft typisch ist, steht der Diskurs im Zentrum: der Austausch zwischen den Berufsleuten und den WissenschaftlerInnen, innerhalb der eigenen Disziplin, zwischen den Universitäten, Fachhochschulen und anderen interessierten Akteuren. Weitere Bemühungen der SGSA gelten der Verbreitung der einschlägigen wissenschaftlichen Erkenntnisse in unserem Berufsfeld und darüber hinaus. Ausserdem möchten wir uns für die Verbesserung der Rahmenbedingungen der Wissenschaft der Sozialen Arbeit einzusetzen, d.h. konkret die Interessen der Sozialen Arbeit in wissenschafts- und hochschulpolitischen Fragen vertreten.



EVI MÜLLER, 24

Meine Lieblingsband: Pagare Insieme | Meine Studienrichtung: Sozialarbeit | Weshalb?
Passt zu meiner Geschichte, meinen Visionen, meinem Wesen | Mein Job in zehn
Jahren: Jugendarbeiterin

Und wo steht die SGSA heute?

Wenn ich auf die ersten beiden Jahre zurückblicke, kann sich das Ergebnis sehen lassen: Der erste internationale Kongress in Luzern ist auf grosses Interesse gestossen und – glaube ich – gut gelungen. Über 240 WissenschaftlerInnen und PraktikerInnen haben teilgenommen. Ich

habe mich auch sehr darüber gefreut, zu sehen, wie viele Forschungsprojekte zu Themen der Sozialen Arbeit in der Schweiz bearbeitet werden. Ausserdem erscheint demnächst die dritte Ausgabe der Schweizerischen Zeitschrift für Soziale Arbeit, der Fachzeitschrift, die wir vor gut einem Jahr gegründet haben. Im

Weiteren haben wir letztes Jahr damit begonnen, Fachkommissionen zu gründen. Diese Arbeit steht noch am Beginn.

Die SGSA verzeichnete im Zeitraum ihres Bestehens einen regen Zuwachs an Mitgliedern. Welches Profil haben die Mitglieder?

Von den knapp 180 Mitgliedern (Stand: Januar 2008) arbeiten etwa 100 Personen an Fachhochschulen und Universitäten; die meisten dieser Personen sind als DozentInnen oder wissenschaftliche MitarbeiterInnen an einer Hochschule für Soziale Arbeit tätig. Knapp 40 Mitglieder sind in der Praxis tätig, etwa zwölf studieren, und bei den restlichen Mitgliedern fehlen uns die Angaben.

Welche Erwartungen werden vonseiten der Mitglieder, der Öffentlichkeit, der Scientific Community an die SGSA herangetragen, und wie begegnen Sie ihnen?

Mit ihren zwei Jahren ist die SGSA noch sehr jung. In meiner Wahrnehmung sind daher die öffentlichen Erwartungen noch nicht deutlich spürbar, und ich sehe es im Moment als vornehmliche Aufgabe an, die SGSA in den relevanten Bezugssystemen bekannt zu machen und unsere Anliegen anzumelden. Vonseiten der Mitglieder meine ich wahrzunehmen, dass sie sich vor allem Möglichkeiten für einen offenen, fachlichen Austausch wünschen.

Wie ist das Verhältnis zu den «institutionellen Wissensträgern», den Fachhochschulen und Lehrstühlen?

In der SGSA sind alle drei Sprachregionen und alle Fachhochschulen für Soziale Arbeit in der Schweiz sowie ein Teil der Universitäten in diesem Themenbereich vertreten. Wir verstehen uns allerdings als unabhängige Gesellschaft, die für alle Mitglieder offen ist; egal ob sie aus der Praxis, von Fachhochschulen oder Uni-

versitäten kommen oder sich noch im Studium befinden. Ich würde es sehr begrüßen, wenn wir eine Plattform zur Verfügung stellen könnten, auf der sich unterschiedliche Akteure – unabhängig von ihren Interessen und Positionen – treffen und in einen fachbezogenen Austausch kommen.

In den Zielsetzungen der SGSA ist immer wieder die Rede von der Sozialen Arbeit als Disziplin. Wieso dieser Begriff? Wie verstehen und begründen Sie das Wesen dieser «Disziplin»?

Wenn wir von der «Disziplin» der Sozialen Arbeit sprechen, meinen wir damit, dass diese sich mit ihrem eigenen Gegenstand, also mit Fragen und Themen befasst, die sich ausdrücklich von verwandten Wissenschaften wie der Soziologie, Psychologie, Politologie oder anderen So-

Die wissenschaftliche Auseinandersetzung mit der beruflichen Praxis ist unabdingbar für die Weiterentwicklung der Sozialen Arbeit

zialwissenschaften unterscheiden lassen. Die Wissenschaft der Sozialen Arbeit ist eine Handlungswissenschaft, die sich auf konkrete Handlungszusammenhänge bezieht und beispielsweise Fragen zur Lösung sozialer Probleme oder zur Umsetzung sozialer Gerechtigkeit bearbeiten muss. Ganz unabhängig davon, ob sie in der Wissenschaftswelt ihren Anspruch auf eine eigenständige Disziplin durchsetzen kann, ist die Soziale Arbeit ein weites Arbeits- und Berufsfeld, das in den letzten zwanzig Jahren enorm gewachsen ist und an gesellschaftlicher Bedeutung gewonnen hat. Dieses Berufsfeld und seine Fachkräfte sind in einer Wissensgesellschaft darauf angewiesen, ihre spezifischen Themen auf der Grund-

lage systematischen Wissens weiterzuentwickeln. Dies können Professionelle nur auf dem Hintergrund einer starken eigenen Disziplin leisten. Daher setzen wir uns für Ressourcen in Forschung und Lehre der Sozialen Arbeit ein. Wir sind überzeugt, dass diese Bemühungen letztlich der Stärkung der Profession der Sozialen Arbeit dienen.

Gibt es erhoffte, angestrebte und tatsächliche Wirkungen über den doch recht engen Kreis der Sozialen Arbeit hinaus? Oder: Was nützt die SGSA eigentlich? Wem dient sie?

Während sich der Berufsverband Avenir-Social unmittelbar mit den Rahmenbedingungen der Profession beschäftigt, machen wir uns dafür stark, dass eine gesicherte Wissensbasis für Lehre und Profession erarbeitet und laufend weiterentwickelt wird. Der Aufbau dieser Grundlagen kann nur in Zusammenarbeit mit den professionell Tätigen erfolgen, denn die Erarbeitung von Wissen ist nicht einseitig Angelegenheit der Forschung – sie kann in der Regel nur

im Zusammenspiel von Theorie und Praxis geleistet werden. Wenn es gelingt, die Wissensbasis zu erweitern, kann das vielfältige Auswirkungen haben: Es könnte den Professionellen neue Handlungsspielräume eröffnen und ihre Rahmenbedingungen verbessern oder den KlientInnen adäquatere Dienstleistungen bieten. Eine solide Wissensbasis ist zudem Voraussetzung für die gesellschaftliche Anerkennung der eigenen Fachlichkeit. Wenn Fachleute der Sozialen Arbeit – ganz selbstverständlich – in wichtige sozialpolitische Gremien als Experten, Expertinnen berufen werden, haben wir sicher ein wichtiges Ziel erreicht; und angesichts der vielen polarisierenden Tendenzen in der aktuellen politischen Debatte wird es zunehmend wichtiger, die Diskussionen über Soziale Arbeit wieder zu versachlichen. Wir engagieren uns in diesem Umfeld sehr für eine fachlich abgestützte Positionierung der Sozialen Arbeit.

Welches sind die verschiedenen Tendenzen bezüglich Perspektiven, Inhalten usw. in der Gesellschaft (Motto: Wissenschaft lebt vom Diskurs)? Welche Entwicklung nimmt die SGSA? Welche Tendenzen setzen sich durch?

Bislang haben vier Fachkommissionen ihre Arbeit aufgenommen. Unabhängig vom Thema geht es in allen Kommissio-



Annegret Wigger

ist Mitglied der Leitung des Instituts für Soziale Arbeit an der Fachhochschule St. Gallen und zuständig für den Bereich Forschung. Sie ist Kopräsidentin der SGSA.



Jürgen StremLOW

leitet das Kompetenzzentrum «Sozialmanagement und Sozialpolitik» der Hochschule Luzern – Soziale Arbeit und ist Vorstandsmitglied der SGSA.



PHILIPP TH. BAUMANN, 25

Meine Lieblingsband: Pluvia | Privat lese ich gerade: Lilo Göttermann, Denkanstöße 2007 | Meine Studienrichtung: Sozialarbeit | Weshalb? Weil ich mich hier am richtigen Platz fühle | Mein Job in zehn Jahren: Soziale Arbeit Hand in Hand mit der Wirtschaft

nen um den Austausch unterschiedlicher wissenschaftlicher und theoretische Positionen. Wie erwähnt wollen wir den Diskurs zwischen unterschiedlichen Standpunkten und Landesteilen fördern. Letztlich werden die Inhalte (vgl. dazu Informationen auf unserer Homepage www.sgasa-ssts.ch) durch die Mitglieder, die in den Fachkommissionen mitarbeiten, bestimmt. Unsere Gesellschaft lebt von den Mitgliedern, die sich engagieren.

Gibt es strategische oder Wunschnetzwerke der SGSA?

Da wir die Zusammenarbeit zwischen Wissenschaft und Praxis vertiefen möchten, ist der Berufsverband AvenirSocial für uns ein bedeutsamer Partner. Generell möchten wir mit wichtigen Verbänden der Praxis in Austausch kommen, um gemeinsam auf die Rahmenbedingungen Einfluss zu nehmen, in denen Soziale Arbeit praktiziert wird. Ausserdem streben wir Partnerschaften mit anderen wissenschaft-

lichen Gesellschaften an, auch im internationalen Raum. Ein Beispiel dafür ist die deutsche Gesellschaft für Soziale Arbeit.

Welche Rolle nimmt die SGSA innerhalb des Sozialwesens und der Sozialen Arbeit der Schweiz ein, welche erhofft sie sich? Stellt sie die «selbst ernannte intellektuelle Elite» dar, wie böse Zungen hinter vorgehaltener Hand behaupten?

Ich bin der festen Überzeugung, dass die Wissenschaft der Sozialen Arbeit einen Beitrag dazu leisten kann, die Fachlichkeit der Sozialen Arbeit zu stärken. Sie kann mithelfen, in der Praxis Reflexionsprozesse anzustossen. Wenn es unserer Gesellschaft gelingt, diesen Dialog zu stärken, kommen wir unseren Zielen näher. Soziale Arbeit als Handlungswissenschaft ist unabdingbar auf den Austausch mit der Praxis angewiesen.

Dazu kommt, dass der Legitimationsdruck in der Sozialen Arbeit laufend steigt: Die Öffentlichkeit und die verant-

wortlichen politischen Akteure möchten sichergestellt haben, dass die professionellen Interventionen sorgfältig geplant sind, Qualitätsstandards genügen, effizient durchgeführt werden und Wirkung zeigen. Wenn es der Wissenschaft der Sozialen Arbeit gelingt, ihre Unabhängigkeit zu bewahren, kann sie auch im Umgang mit diesen Fragen wertvolle Dienste leisten.

Warum die «Luzerner Erklärung»?

In meinem Verständnis kommt der Wissenschaft der Sozialen Arbeit die Aufgabe zu, die sozialen Aspekte gesellschaftlicher Veränderungen zu beobachten und auf problematische Entwicklungen aufmerksam zu machen, die den sozialen Zusammenhalt gefährden und die Ausgrenzung Benachteiligter fördern. Wie wichtig uns diese letzte Aufgabe ist, zeigt das Thema «Transformation des Sozialen», das wir für den ersten Kongress gewählt haben, und vor allem die «Luzerner Erklärung», die wir anlässlich der zweiten Generalversammlung während des Kongresses lanciert haben (siehe auch Seite 44). Die «Luzerner Erklärung» macht auf den aktuellen gesellschaftlichen Diskurs aufmerksam: Dieser deklariert zum einen in polarisierender Weise soziale Notlagen als individuelles Problem und stellt in Frage, ob die Gesellschaft für diese sozialen Probleme überhaupt verantwortlich ist. Zum anderen negiert er die vorhandenen fachlichen Erkenntnisse der Sozialen Arbeit. Der Vorstand hält es für wichtig, Stellung zu beziehen und auf diese Entwicklungen aufmerksam zu machen. Die «Luzerner Erklärung» appelliert an die Fachleute der Sozialen Arbeit, diesen Tendenzen aktiv zu begegnen und mittels ihres Fachwissens zu einer Versachlichung der öffentlichen Debatten beizutragen. Letztlich geht es hier auch um eine Einschränkung der Rahmenbedingungen, in denen Soziale Arbeit ausgeübt wird. Die Erklärung drückt die Sorge der SGSA um den zukünftigen Entwicklungsspielraum für die Soziale Arbeit aus. Zu diesem Entwicklungsspielraum gehört auch, dass der Sozialen Arbeit die notwendigen Ressourcen für Lehre und Forschung zur Verfügung gestellt werden.

Die Luzerner Erklärung

Text: SGSA
Bilder: Nick Manouk

Zur Rolle der Sozialen Arbeit im aktuellen politischen Kontext

Am Ende der dreitägigen Veranstaltung präsentierte die SGSA die «Luzerner Erklärung», die im Rahmen des Kongresses verfasst worden war. Die Erklärung bezieht sich auf die von der SGSA beobachteten politischen Prozesse, die als Transformation des Sozialen bezeichnet werden können. Der Vorstand der SGSA will damit ein öffentliches Zeichen setzen, das mit den Inhalten des Kongresses in Einklang steht.

«Das Schweizervolk und die Kantone, (...) im Willen in gegenseitiger Rücksichtnahme und Achtung ihre Vielfalt in der Einheit zu leben, im Bewusstsein der gemeinsamen Errungenschaften und der Verantwortung gegenüber den künftigen Generationen, gewiss, dass (...) die Stärke des Volkes, sich misst am Wohl der Schwachen, geben sich folgende Verfassung ...»

In der Präambel der Schweizer Verfassung wird die Wohlfahrt des gesamten Volkes, ein universaler Gedanke aller Demokratien, als konstitutive Grundlage des Staates ins Zentrum gesetzt. Ausdrücklich werden für die Schaffung dieser Wohlfahrt die Prinzipien gegenseitige Rücksichtnahme, Achtung der Vielfalt und Verantwortung gegenüber künftigen Generationen genannt. Das Wohl des Schwachen gilt als Massstab oder eben Spiegelbild der Wohlfahrt des ganzen Volkes. Gesellschaftliche Solidarität ist damit Basis und Herausforderung für jede demokratische Gemeinschaft. Soziale Arbeit ist im Zusammenspiel mit anderen zivilgesellschaftlichen Akteuren diejenige Profession, die auf der Grundlage sozialstaatlicher Regelungen für die Bearbeitung von sozialen Problemlagen zuständig ist. Damit leistet sie einen Beitrag zur gesellschaftlichen Wohlfahrt und orientiert sich in der Ausrichtung ihrer Arbeit an den Menschenrechten und dem Wert sozialer Gerechtigkeit (vgl. Berufscodex, Artikel 12).

Aktuell wird ihr gesellschaftlicher Auftrag jedoch durch dominierende Argu-



mentationsfiguren in Frage gestellt. Die Art und Weise, wie über «Missbrauch» sozialer Dienstleistungen, über nicht kooperierende SozialhilfeempfängerInnen, über Jugendgewalt, schwierige Kinder und Jugendliche oder über nicht integrationswillige AusländerInnen geredet

Die Gestaltung des Sozialen ist eine Aufgabe des demokratischen Staates

wird, stellt die in der Präambel der Schweizer Verfassung verankerten Grundwerte gesellschaftlicher Wohlfahrt in Frage. Denn die Lösungen, die als Teil dieser Argumentationsfiguren angeboten werden, wie Abschieben, Verwehren, Aus-

grenzen, Disziplinieren, Recht verschärfen, Leistungen kürzen, haben nicht mehr das Wohl der Schwachen im Auge. In diesem Diskurs geht es offensichtlich nicht um die Lösung gesellschaftlicher Probleme, sondern um die semantische Aushöhlung sozialer Grundwerte und um die Unterminierung des bis anhin tragfähigen Konsenses, dass die Bekämpfung sozialer Notlagen eine öffentliche Aufgabe der demokratischen Gesellschaft darstellt. Es geht um nicht weniger als um die Frage, ob die Gestaltung des Sozialen eine Aufgabe des demokratischen Staates ist. Neben der Gefährdung demokratischer Grundwerte erzeugt dieser Diskurs un-



mittelbares Leiden. Die Zuschreibung individueller Verantwortung für gesellschaftlich erzeugte Notlagen kombiniert mit einem grundsätzlichen Misstrauen gegenüber Menschen, die aufgrund ihrer sozialen Not auf staatliche Hilfe angewiesen sind, erzeugt ein Klima der Stigmatisierung. Aus dem Recht auf Hilfe wird ein Gewähren von Hilfe für die «würdigen Armen». Die letzten Gesetzesrevisionen der IV und des Ausländer- und Asylgesetzes verschärfen den psychosozialen Druck auf gesellschaftlich Randständige und verschlechtern ihre materielle Lebensgrundlage. Die vermeintlichen Lösungen mittels härterer Sanktionen und Kontrollmechanismen

vergrössern in Wirklichkeit die Notlage der Betroffenen und verschärfen die soziale Ungleichheit. Dies ist vor dem Hintergrund des gleichzeitig produzierten Wachstums des materiellen gesellschaftlichen Reichtums ein Skandal, der in das öffentliche Bewusstsein gerückt werden muss.

Viele in der Sozialen Arbeit nehmen diese Verschärfung der sozialen Spaltung einfach als unveränderliches Faktum hin. Es ist bedenklich, dass die Soziale Arbeit durch die Umsetzung sozialpolitischer Vorgaben, wie sie mit den Stichworten «Aktivierung» oder «Fördern und Fordern» charakterisiert werden können, selbst aktiv an der Aufspaltung von würdigen und unwürdigen Hilfeempfängern

Viele in der Sozialen Arbeit nehmen die Verschärfung der sozialen Spaltung als unveränderliches Faktum hin

teilnimmt. Dies hat Gründe. Denn der Diskurs richtet sich nicht nur gegen die sozial Notleidenden, sondern auch gegen die Soziale Arbeit selbst. Die pauschale Diffamierung sozialpädagogischer Leistungen als «Kuschelpädagogik» und der Sozialarbeitenden als «Gutmenschen» hat ebenso wie die Missbrauchsdebatte und die Ökonomisierungsstrategien in den Organisationen der Sozialen Arbeit in die Defensive gedrängt. Es ist uns bisher zu wenig gelungen, auf der Basis unseres in den letzten Jahrzehnten erworbenen Professionswissens und unserer Erfahrungen im Umgang mit komplexen sozialen Problemen ein diskursives Gegengewicht zu den Angriffen gegenüber unseren AdressatInnen und unserer professionellen Kompetenz herzustellen. Es gilt, eine starke professionelle Identität und Kultur aufzubauen, die sich gegen Angriffe auf die sozialen Grundwerte in Praxis, Öffentlichkeit und Politik zur Wehr setzt, um die Würde jedes Einzelnen zu schützen und seine prinzipielle Entwicklungsmöglichkeit zu gewährleisten.

Dieser Aufruf richtet sich daher zunächst an uns selber, an alle, die in der Sozialen Arbeit in der beruflichen Praxis, in Wissenschaft und Lehre tätig sind. Setzen Sie sich ausgehend von Ihrem professionellen Selbstverständnis mit der Transformation des Sozialen auseinander, und nehmen Sie aktiv Einfluss auf die sozialpolitische Ausgestaltung Ihres Handlungsfeldes.

Entwickeln Sie eine Position, die sich auf den Wissensfundus, die Erfahrung und die humanistische Tradition unserer Profession im Umgang mit problembelasteten sozialen Lebenslagen gründet. Suchen Sie den Austausch und die Vernetzung mit den KollegInnen an Ihrem Arbeitsplatz, in den Verbänden und zwischen den Verbänden. Vertreten Sie diese Position an Ihrem Arbeitsplatz, in der Öffentlichkeit und in der Politik. Tragen Sie dazu bei, diesen unsäglichen und dem Entwicklungsstand einer zivilisierten modernen Demokratie unwürdigen öffentlichen Diskurs zu beenden, indem Sie die tatsächlichen Probleme und unsere darauf bezogenen Lösungswege und Lösungsvorschläge einbringen, begründen und verteidigen. Lassen Sie uns unsere Energie dazu verwenden, überzeugende Konzepte und Projekte für soziale Problemstellungen zu entwickeln, anstatt uns in defensiven Rückzugsgefechten selbst ins Abseits zu manövrieren. Die realen Probleme, die in nationale und internationale politische Zusammenhänge eingebettet sind, werden ja nicht kleiner. Kämpfen Sie darum, die Rahmenbedingungen unseres Handlungsfeldes mitzudefinieren, sodass sich unsere Kompetenz entfalten kann.

Dieser Aufruf richtet sich aber auch an alle demokratischen Kräfte in der Öffentlichkeit und in der Politik, insbesondere auch an die Medienschaffenden, denen an den sozialen Grundwerten dieser Gesellschaft gelegen ist. Helfen Sie mit, den öffentlichen Diskurs wieder in eine sachorientierte Bahn zu lenken. Setzen Sie sich ein, um dieser schleichenden Transformation des Sozialen wieder positive soziale Entwürfe entgegenzusetzen. Verschaffen Sie den Grundsätzen des gemeinschaftlichen Miteinanders, des Respekts vor der Vielfalt, der Verantwortung für die nachwachsende Generation und für die sozial Schwachen wieder Raum. Und vergessen Sie dabei nicht, dass Ihnen mit der Sozialen Arbeit eine weit ausdifferenzierte und entwickelte Profession als Ressource zur Verfügung steht. |

Luzern, 8. März 2008

> Wer sich mit dem Inhalt der «Luzerner Erklärung» einverstanden erklären will, kann dies auf der Webseite der SGSA unter www.sgasa-ssts.ch tun und den Aufruf dort unterschreiben.